

# Niederschrift

(HFGPA/005/2011)

## **über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 18.05.2011, 16:00 - 18:15 Uhr, Ratssaal, Rathaus**

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

### **Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr**

- siehe Anlage -

### **Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr**

9. Mitteilungen zur Kenntnis

- |      |   |                                 |
|------|---|---------------------------------|
| 9.1. | Universitätsbund Erlangen-Nürnberg e.V.<br>hier: Kurzbericht  | 13-2/115/2011<br>Kenntnisnahme  |
| 9.2. | Sicherheitskonzept Erlanger Bergkirchweih - Sachstandsbericht   | II/100/2011<br>Kenntnisnahme    |
| 9.3. | Taubenprojekt Erlangen 2010   | 32/013/2011<br>Kenntnisnahme    |
| 9.4. | Sanierung Heinrich-Lades-Halle, Baumaßnahmen 2011<br>Vorentwurfs- und Entwurfsplanung, Beschluss nach DA-Bau 5.5.3                                      | 242/129/2011/1<br>Kenntnisnahme |
| 10.  | Workshop "Diversity Management in der Stadtverwaltung";<br>Antrag der SPD-Fraktion Nr. 006/2011 vom 26.01.2011  | Gst/006/2011<br>Beschluss       |
| 11.  | Ausbildungskapazität 2012   | 11/041/2011<br>Beschluss        |
| 12.  | Bericht über den Jahresabschluss 2010 der Erlanger Schlachthof<br>GmbH  | II/098/2011<br>Gutachten        |
| 13.  | Betriebsgesellschaft IZMP Innovationszentrum Medizintechnik<br>und Pharma Erlangen mbH; 21. Gesellschafterversammlung am<br>25.05.2011 und Aufsichtsrat | II/103/2011<br>Gutachten        |

- |        |  |                            |
|--------|--|----------------------------|
| 14.    | Übertragung und Verwendung der Budgetergebnisse 2010   |                            |
| 14.1.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 der Gleichstellungsstelle (Gst)  | Gst/008/2011<br>Beschluss  |
| 14.2.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Personalrates  | II/102/2011<br>Beschluss   |
| 14.3.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)  | 13-2/110/2011<br>Beschluss |
| 14.4.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Personal- und Organisationsamtes (Amt 11)  | 11/053/2011<br>Beschluss   |
| 14.5.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes 17/eGovernment-Center  | eGov/021/2011<br>Beschluss |
| 14.6.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 der Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/WA)    | II/099/2011<br>Beschluss   |
| 14.7.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)   | 30-R/032/2011<br>Beschluss |
| 14.8.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Bürgeramtes (Amt 33)   | 33/004/2011<br>Beschluss   |
| 14.9.  | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Standesamtes (Amt 34)  | 34/009/2011<br>Beschluss   |
| 14.10. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37)                                   | 37/015/2011<br>Beschluss   |
| 14.11. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)           | 39/007/2011<br>Beschluss   |
| 15.    | Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2011 - Betreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren und im Kindergartenalter | 51/033/2011<br>Gutachten   |
| 16.    | Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen (Naturstrom): Erledigung des Fraktionsantrages 031/2011 der Stadtratsfraktion Grüne Liste           | 241/033/2011<br>Gutachten  |

- |       |   |                             |
|-------|---|-----------------------------|
| 17.   | Stadtteilkirchweihen im Stadtgebiet Erlangen - Überprüfung im Hinblick auf Sicherheitsrecht, Brandschutzbestimmungen und baurechtliche Vorgaben;<br>hier: Fraktionsantrag der CSU Nr. 087/2010 vom 30.8.2010. | 32/015/2011<br>Beschluss    |
| 17.1. | Neuanschaffung eines Vermessungsbusses für Amt 61<br><b>Tischauflage</b>  | 610.1/009/2011<br>Beschluss |
| 18.   | Anfragen  |                             |

## **TOP 9**

### **Mitteilungen zur Kenntnis**

## **TOP 9.1**

13-2/115/2011

### **Universitätsbund Erlangen-Nürnberg e.V. hier: Kurzbericht**

#### **Sachbericht:**

Die Stadt Erlangen hat im Jahr 1948 die Mitgliedschaft im Universitätsbund Erlangen-Nürnberg e.V. begründet. In Anlehnung an das Berichtswesen über die Beteiligung der Stadt an Gesellschaften wird dem Ausschuss in der Anlage ein Kurzbericht vorgelegt.

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### **Abstimmung:**

zur Kenntnis genommen

## **TOP 9.2**

II/100/2011

### **Sicherheitskonzept Erlanger Bergkirchweih - Sachstandsbericht**

#### **Sachbericht:**

Die tragischen Ereignisse bei der Loveparade in Duisburg haben in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion um das Thema Sicherheit bei Großveranstaltungen ausgelöst. Die Stadt Erlangen – als Veranstalterin der Erlanger Bergkirchweih – hat sich vor diesem Hintergrund entschlossen, im Rahmen einer Projektgruppe unter Leitung von Referat II nicht nur die jährlichen Sicherheitsvorkehrungen zu überprüfen, sondern ein umfassendes, auch präventives Sicherheitskonzept zu erarbeiten. Damit soll die Sicherheit der Festbesucher weiter optimiert bzw. bestmöglich gewährleistet werden.

Der Bericht über den aktuellen Sachstand des Sicherheitskonzeptes Erlanger Bergkirchweih ist der Anlage zu entnehmen.

#### **Protokollvermerk:**

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag der CSU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt erhoben.

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### **Abstimmung:**

zur Kenntnis genommen

**TOP 9.3**

**32/013/2011**

**Taubenprojekt Erlangen 2010**

**Sachbericht:**

Der Tierschutzverein Erlangen und Umgebung e.V. hat zum Taubenprojekt Erlangen 2010 seine Statistik über die entnommenen Taubeneier vorgelegt. Daraus ergibt sich, dass seit Beginn der Aufzeichnungen 1995 bis zum Jahresende 2010 insgesamt 13.214 Taubeneier durch das Betreuungsteam des Tierschutzvereins aus den 5 Taubenstationen im Stadtgebiet entnommen wurden. Mit einer Entnahme von 2.264 Taubeneiern im Jahr 2010 konnte gegenüber dem Vorjahr (1.805 entnommene Taubeneier) eine **Steigerung von 25,43 %** verzeichnet werden.

Die Statistik des Tierschutzvereins ist als Anlage beigefügt. Hierzu sind folgende Anmerkungen angezeigt:

1. Die Station im Bereich Stadtmuseum wird mit steigendem Erfolg angenommen.
2. Zur Taubenstation im Bahnhofsgebäude:  
Durch intensive Betreuungsmaßnahmen im Rahmen des Stadttaubenprojekts Erlangen konnte erreicht werden, dass die ehemals im Palais Stutterheim heimischen Tauben nun zum Teil diese neue Taubenstation angenommen haben, d.h. sie wird von den Stadttauben rege angefliegen und als Aufenthaltsstelle genutzt. Es ist jedoch ein langwieriger Prozess, bis Stadttauben eine neue Örtlichkeit auch für ihre „Bruttätigkeit“ annehmen (diese Feststellung musste auch bei der Taubenstation Heinrich-Lades-Halle gemacht werden) – aus diesem Grunde wird die Betreuung der Taubenstation im Bahnhofsgebäude durch das ehrenamtliche Team intensiv weiter durchgeführt mit dem Ziel, dass durch die Akzeptanz der Station auch eine Ei-Entnahmequelle erschlossen wird.

**Protokollvermerk:**

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag von Herrn StR Dr. Faigle zum Tagesordnungspunkt erhoben.

**Ergebnis/Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

**Abstimmung:**

zur Kenntnis genommen

**TOP 9.4**

242/129/2011/1

**Sanierung Heinrich-Lades-Halle, Baumaßnahmen 2011 Vorentwurfs- und Entwurfsplanung, Beschluss nach DA-Bau 5.5.3**

**Sachbericht:**

- a) Die Entrauchung des Kleinen Saals ist nicht ausreichend. Entrauchungsversuche haben ergeben, dass die derzeit vorhandene Entrauchungsöffnung, auch auf Grund der geringen Raumhöhe, zu klein ist und nicht den Anforderungen entspricht. Die Nutzung des kleinen Saals wurde darauf hin von der Bauaufsicht, bis zum Einbau einer funktionierenden mechanischen Entrauchung (RWA), stark eingeschränkt. Um eine funktionierende Entrauchung zu gewährleisten, sollen 3 Rauchgas-Ventilatoren auf dem Dach des kleinen Saals montiert werden. Die Luftnachströmung erfolgt über 7 automatisch öffnende Türen, welche über die Brandmeldeanlage gesteuert werden. Für die Funktionssicherheit der Entrauchung wird ebenfalls die Installation eines Notstromaggregates notwendig. Zudem ist, auf Grund der Decken- und Wandverkleidungen aus Holz, die Installation einer Sprinkleranlage vorgeschrieben. Die Sprinkleranlage soll an die vorhandene Sprinkleranlage der Halle angeschlossen werden. In diesem Zuge muss auch die Elektroinstallation im Deckenhohlraum, einschl. der Beleuchtungskörper des kleinen Saals, erneuert werden.
- b) Da die Nutzung des Kleinen Saals während des Einbaues einer mechanischen Entrauchung nicht möglich ist, ist geplant die zugehörigen WC-Anlagen ebenfalls in diesem Zuge zu sanieren. Die Anlagen entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Die vorhandenen Installationen für Lüftung, Wasser, Abwasser und Elektro sind sanierungsbedürftig und zu erneuern, um den dauerhaften Betrieb zu gewährleisten.
- c) Unabhängig von den beiden vorbenannten Maßnahmen sollen die Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle erneuert werden. Die Tore dienen einerseits der Belieferung der Halle, stellen jedoch auch die Fluchtwege aus dem großen Saal, sowie des Foyers sicher. Die Funktionsfähigkeit der Tore ist derzeit nicht immer gewährleistet, da es regelmäßig zu Funktionsstörungen kommt. Nachdem die Tore bereits mehrfach instandgesetzt worden sind, ist eine dauerhafte Instandsetzung nicht mehr möglich, und die Erneuerung der Tore dringend notwendig.

Aufgrund der räumlichen Begebenheiten und der technischen Voraussetzungen und Vorgaben wird die Vorentwurfs- und Entwurfsplanung zusammengefasst. Die Dringlichkeit der Einzelmaßnahmen, mit geplantem Baubeginn am 28.06.2011, begründet den Sitzungsablauf.

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- a) Die Nutzung des kleinen Saals als Versammlungsstätte wird wieder uneingeschränkt möglich
- b) Der dauerhafte Betrieb der WC-Anlagen des kleinen Saals wird gewährleistet
- c) Die volle Funktionsfähigkeit der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle wird gewährleistet.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die geplanten Maßnahmen für 2011 sind als getrennte Einzelmaßnahmen anzusehen, da sie auch unabhängig von einander ausgeführt werden könnten. Der begrenzte zeitliche Rahmen, welcher in intensiver Abstimmung mit der EKM festgelegt wurde, erfordert jedoch, dass die Maßnahmen a) Entrauchung mit Sprinkleranlage und Notstromversorgung des kleinen Saals und b) Sanierung der WC-Anlagen des kleinen Saals, parallel ausgeführt werden, um den Hallenbetrieb nicht gravierend zu beeinträchtigen. Die Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle kann und soll autark, in Abstimmung mit der EKM, erfolgen.

Die Ausführung der zwei Hauptmaßnahmen a) und b) wird zudem für drei wichtige Veranstaltungen unterbrochen. Dafür wird die Funktion der bestehenden Brandmeldeanlage (BMA), der elektronischen Lautsprecheranlage (ELA) und Sicherheitsbeleuchtung zur Durchführung der Veranstaltungen vom 08. - 16.09.11 aufrecht erhalten und die BMA und ELA zum betreffenden Zeitpunkt in Betrieb genommen. Die Sicherheitsbeleuchtung wird in dieser Zeit mit einer provisorisch eingebauten Anlage vorgenommen.

Der gesamte Bauzeitenplan wurde in Absprache mit der EKM erstellt, und setzt voraus, dass keine größeren unvorhersehbaren Umstände eintreten, welche die Arbeiten verzögern. Es besteht dabei das Risiko, dass die geplanten Veranstaltungen gefährdet werden, und aufgrund sicherheitstechnischer Gründe nicht stattfinden dürfen.

Erläuterung der Einzelmaßnahmen:

### a) Entrauchung mit Sprinkleranlage und Notstromversorgung des kleinen Saals

#### - Bauliche Maßnahmen:

Die aufwendig gearbeitete, akustisch wirksame Decken- und Wandverkleidung des Kleinen Saals soll erhalten werden. Dies macht es erforderlich, die Arbeiten zum Einbau der Sprinkler-Anlage und der Elektroinstallation weitestgehend von außen durchzuführen. Dazu wird die Dachabdichtung und das Dach selbst nicht unerheblich geöffnet. Im Dachzwischenraum werden verschiebbare Montage- und Wartungsstege eingebaut, welche die Ausführung der Installationsarbeiten ermöglichen. Die Ventilatoren werden in als Fertigteile vorbereitete Deckenplatten eingesetzt, welche gegen die vorhandenen Deckenplatten (2 Stück pro Ventilator) ausgetauscht werden. Damit später die Wärmedämmung des Daches ggf. erhöht werden kann, soll die Aufkantung der Deckenplatten zur Aufnahme der Ventilatorconsole min. 50cm am Hochpunkt betragen. Grundsätzlich sollen alle 3 Ventilatoren in der Mittelachse des Daches (im Grat) angeordnet werden.

Zur Sicherung der Bausubstanz vor Witterungseinflüssen wird ein Wetterschutzdach über einen Teil des Daches des Kleinen Saals eingebaut. Der Zugang zum Dach des Kleinen Saals wird über ein Gerüst mit Bauaufzug von der Beethovenstraße aus eingerichtet. Ebenso wird die Baustelleneinrichtung auf einem Teil der Parkflächen Beethovenstraße vorgesehen.

Die Wiederherstellung der Dachdämmung des Streifens der Dachöffnung erfolgt mit einer nicht brennbaren, druckfesten Dämmung (A1). Die Dicke beträgt 16cm WL 037 - 040 (z.B. Rockwool Durock 037 oder Megarock). Die Abdichtung erfolgt bituminös wie bisher.

- Entrauchung:

Es werden 3 Entrauchungsventilatoren zur Heißgasentrauchung auf dem Dach des Kleinen Saals eingebaut. Der Gesamt-Volumenstrombedarf beträgt ca. 36.100 m<sup>3</sup>/h. Diese Ventilatoren sind in einem wärmeisolierten Dachaufsatz eingebaut und wiegen insgesamt ca. 150 kg/Stück. Die Ventilatoren sind für einen Rauchgastemperaturbereich bis 400°C ausgelegt

Die Ansaugung erfolgt frei über den Deckenhohlraum der abgehängten Paneeldecke. Dazu werden in die Paneeldecke 3 neue, ca. 80x80cm große, 2-teilige, nach oben in den Hohlraum öffnende Klappen in die Paneeldecke eingebaut. Zur Steuerung der Klappen sollen RWA-Antriebe (24V) eingesetzt werden, welche in einem höheren Temperaturbereich arbeiten. Dabei erfolgt die Verwendung von Kettenantrieben. Die Öffnungszeit soll max. 1 Minute betragen.

Der Bereich oberhalb der Zuluftklappen wird konstruktiv freigehalten, so dass auch keine Montagepodeste in diesem Bereich abgestellt werden können.

Die vorhandenen 6 Deckenklappen (ca. 60x60cm) bleiben erhalten und werden künftig als Wartungs- und Revisionszugang zu den Deckenhohlräumen zwischen den Betonbindern genutzt.

- Nachströmung für Entrauchung:

Die Nachströmung Kleiner Saal erfolgt über die 3 Gehflügel des Kleinen Saals. Im weiteren Verlauf werden dann die Türen zw. Flur und Kleinem Foyer, die Tür zum Vorraum WC-Anlagen, die Türanlage zur Verwaltung und die Zugangs-Außentür zum EKM einbezogen. Bei allen Türanlagen wird immer der Gehflügel (ca. 1,125 x 2,25m) zur Zuluftsteuerung herangezogen. Damit die Türen diese Funktionen erfüllen können, müssten jeweils zahlreiche Fräsungen für den Einsatz der Motorschlösser und Stromzuleitungen in Geh- und Standflügel und die Ausstattung mit einem RWA-Antrieb erfolgen. Nach Begutachtung der Türen und Feststellung eines schlechten baulichen Zustands ist auch das Deckfurnier zu erneuern. Zulassungsmäßig wurde zudem festgestellt, dass die Türen zum Kleinen Saal und vom Vorraum WC-Anlage zur Verwaltung nicht die erforderliche brandschutztechnische Zulassung aufweisen. Demzufolge wurde entschieden, mit Ausnahme der Außenzugangstür, alle Türen mit teils angrenzenden Paneelverkleidungen zu erneuern. Farbe, Furnierart und Konstruktion sollen grundsätzlich in Anlehnung an den Bestand beibehalten werden. Im Einzelnen werden folgende technische Anforderungen gestellt:

3 x Zugangstüren Kleiner Saal - Neu

RWA-Antrieb Gehflügel, T30-RS, Schallschutz 48dB, Antipanikgarnituren nach DIN 18273 und Antipanikschlössern nach DIN 18250.

1 x Fluchtwegtür Flur zu Kleinem Foyer - Neu:

RWA-Antrieb Gehflügel, Antipanikgarnituren nach DIN 18273 und Antipanikschlössern nach DIN 18250.

1 x Türanlage Kleines Foyer zu Vorraum WC-Anlagen – Neu mit RWA-Antrieb Gehflügel, Drückergarnitur, keine Schließung



1 x Türanlage Vorraum WC-Anlagen zu Verwaltung – Neu mit RWA-Antrieb Gehflügel, T30-RS, Drückergarnitur

1x Außentür Eingang EKM – Umrüstung mit RWA-Antrieb Gehflügel

Bei der Außentür zur EKM entsteht durch die Umrüstung mit einem RWA-Antrieb ein Konflikt. Einerseits ist die Tür eine Brandabschnittstür zwischen Hotelbereich und EKM, muss also grundsätzlich geschlossen gehalten werden, andererseits verliert diese Türe ihre Zulassung als Brandschutztür bei Ausrüstung mit einem RWA-Antrieb. Die Zulassungsplaketten müssen entfernt werden. Im Grunde liegt dieser Konflikt auch bei den Türen zum Kleinen Saal vor. Dafür ist eine Abweichung zu beantragen, was von 242-1/Brandschutzbeauftragter vorgenommen wird.

- Sprinkleranlage:

Die Sprinkleranlage muss den Kleinen Saal, sowie den Deckenhohlraum abdecken. Die Verlegung der Verteiler- und Zuleitungen zu den Sprinklern im Bereich des Deckenhohlraums ist im Randbereich der Deckenbinder und unterhalb der Montage-Podestebenen vorgesehen, damit der Zugangsbereich im Deckenhohlraum nicht zusätzlich durch Leitungen behindert wird. Der Anschluss der Zuleitungen erfolgt über die bereits vorhandene Sprinkleranlage der Halle im KG.

Die Aufteilung der Sprinklerköpfe erfolgt im Einklang mit dem Deckenspiegel, und soll ein symmetrisches Deckenbild einhalten. Wenn möglich soll vermieden werden, dass Sprinkler im Randfriesbereich angeordnet werden müssen.

Es liegt eine Stellungnahme der ESTW vor, in welcher die Bereitstellung der Wassermenge zugesichert wird. Voraussetzung dafür wäre jedoch eine Vergrößerung des Hausanschlusses von derzeit DN 100 auf DN 150. Die Vergrößerung des Hausanschlusses ist für die Zulässigkeit der gesamten Sprinkleranlage der Heinrich-Lades-Halle erforderlich.

- Notstromversorgung und Niederspannungsanlagen

– Einbau eines Stromerzeugers zur Sicherstellung der netzunabhängigen Stromversorgung aller sicherheitsrelevanten Anlagen (Brandmeldeanlage (BMA), elektrische Lautsprecheranlage (ELA), Sicherheitsbeleuchtung u.a.). Die Montage erfolgt als Kompletanlage in einem Container, welcher auf einer Geräteplattform im Dachbereich zwischen dem Großen und Kleinen Saal eingebaut wird. Die voraussichtliche Leistung des Notstromaggregats beträgt 160 kVA, was auch die künftigen Erfordernisse der HLH abdecken soll.

– Die unzulässig verlegten und veralteten Elektroinstallationsleitungen im Deckenhohlraum werden komplett demontiert.

#### Beleuchtung:

- Die Deckenbeleuchtung wird einschl. Installationsleitungen erneuert, so dass der Saal mit Ausnahme der Randbereiche gut mit 500 Lux ausgeleuchtet werden kann. Im Randbereich ist es erforderlich, auf beiden Längsseiten eine zusätzl. Leuchtenreihe im gleichen Rasterabstand anzuordnen (2x 15 Leuchten). Dann werden auch die Ränder mit knapp 400 LUX ausgeleuchtet.
- Die Steuerung der Deckenbeleuchtung wird als Bus-System aufgebaut. Die Bedienung erfolgt von einem Touch-Panel aus, welches im Technikraum der Bühne eingebaut wird.
- Die Wandleuchten im Kleinen Saal werden ebenfalls ersetzt.
- Im Versprung des Deckenfrieses wird zusätzlich ein Lichtband vorgesehen.
- Die Sicherheitsbeleuchtung im Kleinen Saal muss min. 5 Lux erreichen und wird erneuert.
- Die Leuchten im Flur zwischen Kleinem und Großem Saal erfüllen nicht die Anforderungen und werden in diesem Zuge ebenfalls ersetzt.
- Im Deckenhohlraum des Kleinen Saals wird eine Grundbeleuchtung für Wartungs- und Revisionsarbeiten eingebaut. Die Einschaltung erfolgt zentral, mit Präsenzüberwachung.

#### Elektronische Lautsprecheranlage (ELA) und Brandmeldeanlage (BMA):

- Bei Erneuerung der ELA-Lautsprecher wird das System geändert. Die Deckenlautsprecher (ca. 20 Stück) entfallen. Künftig werden 4 Lautsprecher in den 4 Eckbereichen zur Raumbeschallung des Kleinen Saal fest installiert.
- Die neue ELA wird in der ersten Ausbaustufe ca. 400W Wärmeleistung abgeben. Diese Wärme kann im vorgesehenen Raum nicht abgeführt werden. Es wird dafür eine Split-Klimaanlage in einem Nebenraum eingebaut.
- Die ggf. erforderliche Nachrüstung der Brandmeldeanlage gem. den technischen Anschlussbedingungen (TAB-Forderungen) ist noch in Klärung und wird entsprechend in die Planung eingearbeitet.

#### b) Sanierung der WC-Anlagen des kleinen Saals

Im Zuge der Arbeiten im Kleinen Saal sollen auch die angrenzenden WC-Anlagen erneuert werden. Dabei erfolgt die vollständige Entkernung einschließlich Erneuerung aller Leitungssysteme, Beleuchtungs- und Lüftungsanlagen.

#### PLANUNGSKONZEPT:

Es erfolgt eine völlige Neugestaltung der WC-Anlagen des Kleinen Saals. Dabei wird eine Optimierung der Nutzungseinheiten im Hinblick auf den Bedarf der Sanitäreinrichtungen für die gesamte HLH angestrebt.

Die Gestaltung soll keine Luxussanierung darstellen, aber dem Haus als Erlanger Kongresszentrum Rechnung tragen. Die vorgegebenen baulichen Zwänge bedingen eine extrem platzsparende Bauweise. Dies macht es erforderlich auf ein unkonventionelles Kabinensystem zurückzugreifen, welches durch Form und Anordnung der Kabinen eine

Optimierung der Nutzungseinheiten erst möglich macht und gleichzeitig einen angenehmen gestalterischen Akzent gegenüber einer konventionellen Reihenanlage setzen kann.

Neben den Besuchertoiletten, einschl. einem Behinderten WC (ein 2. B-WC befindet sich bei den Haupt-Toiletten), ist jeweils eine Mitarbeitertoilette im Damen & Herren-Trakt mit eigener Waschgelegenheit vorgesehen. Geplant sind auch zwei Abstellräume für Zubehör und Reinigungsmaterial. In einem der Abstellräume ist ein Ausgussbecken eingepplant.

Im Einzelnen sieht das Grund-Konzept wie folgt aus:

Damen:

Bestand: 2 Waschtische, 1 Behinderten-WC, 1 Mitarbeiter-WC, 3 WC-Kabinen

NEU: 4 Waschtische, 1 Mitarbeiter-WC mit Waschtisch, 7 WC-Kabinen

Herren:

Bestand: 2 Waschtische, 1 provisorisches Behinderten-WC, 1 Mitarbeiter WC mit Waschtisch, 3 WC-Kabinen, 12-Urinale

NEU: 4 Waschtische, 1 Mitarbeiter-WC mit Waschtisch, 7 WC-Kabinen, 12 Urinale

Allgemein

Bestand: 2 innenliegende Behinderten-WCs (davon nur eines DIN-gerecht), 3 Abstellräume

NEU: 1 außenliegendes Behinderten-WC (ein 2. Behinderten-WC ist im Haupt-WC-Anlagentrakt), 2 Abstellräume, eines davon mit Ausgussbecken, 2 Versorgungsboxen zum Kleinen Foyer und zur Verwaltung.

Die beiden WC-Vorräume sind gleichartig aufgebaut. Jeder Vorraum erhält 4 Waschgelegenheiten, flankiert von 3 Trockenstellen. Der platzsparende Einbau von teilintegrierten Doppelwaschtischen schafft etwas mehr Raum und Bewegungsfreiheit im Bereich der Händetrockner. Der Raumeindruck wird durch adäquate Spiegelflächen hinter den Waschtischen und auf der gegenüberliegenden Seite zur Ganzkörperbetrachtung ergänzt.

Bauliche Maßnahmen:

- Vollständige Entkernung des Bestandes einschl. aller Haustechnischen Installationen
- Räumliche Neuauftellung mit Schaffung eines Behinderten-WCs
- Erneuerung des Zugangsbereichs mit Änderung der Türanordnung
- Erneuerung des Estrichs
- Verlegung neuer Wand- und Bodenfliesen
- Einbau einer abgehängten Decke
- Einbau von WC-Trennwänden

Technische Ausstattung:

- Erneuerung der Wasser- und Abwasserinstallationen sowie aller Sanitärgegenstände einschl. Zubehör
- Waschtischarmaturen und Urinalspülungen werden berührungslos ausgeführt.
- Auf eine Warmwasserbereitung bei den Waschtischen wird verzichtet.

- Das Ausgussbecken erhält zur Warmwasserbereitung einen Durchlauferhitzer.
- Die Be- und Entlüftungsanlage wird komplett erneuert und auch den brandschutztechnischen Erfordernissen angepasst. Die derzeitige lichte Raumhöhe beträgt lediglich 2,15m unter der abgehängten Decke. Durch Einsatz von Flachkanälen zur Luftverteilung soll die lichte Raumhöhe auf 2,25m erhöht werden.
- Beleuchtungskörper in allen WC-Räumen, sowie des Flures werden erneuert.
- WC- Räume und Vorräume werden in die BMA eingebunden.
- Jeder Raum erhält einen Lautsprecher der an die ELA angebunden wird.
- Für die innen liegende ELA-Zentrale wird aufgrund der zu erwartenden Wärmeentwicklung ein Splitklimaggerät vorgesehen.
- Im Bereich des Kleinen Foyers und im Verwaltungsbereich wird jeweils eine Versorgungsbox mit Wasser- und Stromanschluss (CEE 16A) vorgesehen. Diese Anschlüsse werden bei einer Vielzahl von Veranstaltungen benötigt und derzeit als "fliegende Kabel- und Schlauchleitungen" aus den WC-Räumen entnommen.

c) Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle im Jahr 2012

Bei der Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore auf der Ostseite der Heinrich-Lades-Halle handelt es sich um insgesamt 6 Stück 2-flgl. Stahl-Glas-Türelemente mit Oberlichtern. Diese sollen, aufgrund ihres sehr schlechten, und nicht mehr reparablen Zustandes, demontiert und durch neue Stahl-Glas-Elemente mit Oberlichtern ersetzt werden.

Die Gestaltung der Notausgangs- und Ladetore erfolgt in Anlehnung an die Nebeneingangstüren des Rathauses, da bereits im Zuge der Rathaussanierung die WC-Fenster auf der Ostseite der Heinrich-Lades-Halle in diesem Stil erneuert wurden. Es handelt sich dabei um Stahl/Glas-Türelemente, welche in verschiedenen Grau/Alu-Tönen farblich abgesetzt sind.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

- a) Entrauchung mit Sprinkleranlage und Notstromversorgung des kleinen Saals.  
Für die Planung der Hochbauleistungen wird das Ingenieurbüro für Bauwesen Markus Gräßel und für die Statik das Ingenieurbüro Ulm aus Erlangen beauftragt. Die elektrotechnische Planung erfolgt über das Ingenieurbüro Höller aus Nürnberg. Für die Planung der Entrauchungs- und Sprinkleranlage wird das Ingenieurbüro IBB Becker aus Braunschweig beauftragt. Zur Abnahme der RWA- und Sprinkleranlagen wird der Prüfsachverständige für Feuerlösch-, Rauch- und Wärmeabzugsanlagen Dipl. Ing. (FH) Carl Josef Striewe aus Fürstenfeldbruck beauftragt. Auch die Beauftragung eines Sicherheits- und Gesundheitskoordinators (SiGeKo) ist vorgesehen. Die Projektleitung obliegt dem Gebäudemanagement.
- b) Sanierung der WC-Anlagen des Kleinen Saals  
Für die Planung der Hochbauleistungen wird das Ingenieurbüro für Bauwesen Markus Gräßel und für die Statik das Ingenieurbüro Ulm aus Erlangen beauftragt. Die elektrotechnische Planung erfolgt über das Ingenieurbüro Höller aus Nürnberg. Die Planung der Gewerke Sanitär und Lüftung soll beim Gebäudemanagement verbleiben, muss jedoch ggf. aus Kapazitätsgründen extern vergeben werden. Die Projektleitung obliegt dem Gebäudemanagement.
- c) Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle.  
Die Planung der Hochbauleistungen wird an das Ingenieurbüro für Bauwesen Markus Gräßel vergeben. Umsetzung der Maßnahme 2012 vorbehaltlich der Finanzierung.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

KOSTEN:

##### a) Kleiner Saal - Entrauchung, Notstrom, Sprinkler:

Nach vorliegender Kostenberechnung ergeben sich nachfolgend aufgelistete Gesamtkosten (nach DIN 276, 2008)

Kostengruppe		Kosten
100	Grundstück	0,00
200	Herrichten und Erschließen	62.810,52
300	Bauwerk – Baukonstruktion	427.997,50
400	Bauwerk – Technische Anlagen	489.381,38
500	Außenanlagen	0,00
600	Ausstattung	0,00
700	Baunebenkosten	238.981,14
<b>Kosten incl. 19% MWSt</b>		<b>1.219.170,54</b>

##### b) Sanierung der WC-Anlagen des kleinen Saals

Nach vorliegender Kostenberechnung ergeben sich nachfolgend aufgelistete Gesamtkosten (nach DIN 276, 2008)

Kostengruppe		Kosten
100	Grundstück	0,00
200	Herrichten und Erschließen	0,00
300	Bauwerk – Baukonstruktion	220.726,50
400	Bauwerk – Technische Anlagen	261.693,91
500	Außenanlagen	0,00
600	Ausstattung	0,00
700	Baunebenkosten	101.455,66
<b>Kosten incl. 19% MWSt</b>		<b>583.876,07</b>

**c) Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle im Jahr 2012**

Nach vorliegender Kostenberechnung ergeben sich nachfolgend aufgelistete Gesamtkosten (nach DIN 276, 2008)

<b>Kostengruppe</b>		<b>Kosten</b>
100	Grundstück	0,00
200	Herrichten und Erschließen	0,00
300	Bauwerk – Baukonstruktion	73.180,00
400	Bauwerk – Technische Anlagen	1.500,00
500	Außenanlagen	0,00
600	Ausstattung	0,00
700	Baunebenkosten	11.285,58
<b>Kosten incl. 19% MWSt</b>		<b>85.965,58</b>

Finanzierung:

Aktuell stehen unter der IVP-Nr. 573.405, Generalsanierung Heinrich-Lades-Halle, 933.591,97 € (abzgl. ausstehende Rechnungen Küchensanierung ca. 300.000,-€) und im Budget Amt 24, Kst 912983, 800.000,- € zur Verfügung.

**a) Kleiner Saal - Entrauchung, Notstrom, Sprinkler:**

Investitionskosten:	1.219.170,54 €	633.000,00 bei IVP 573.405 587.000,00 € Übertrag aus Budget Amt 24, Kst 912983
Sachkosten:	€	
Personalkosten (brutto):	€	
Folgekosten:	€	
Korrespondierende Einnahmen	€	
Weitere Ressourcen		

**b) Sanierung der WC-Anlagen des kleinen Saals**

Investitionskosten:	€	
Sachkosten:	583.876,07 €	213.000,00 € Budget Amt 24, Kst 912983 371.000,00 € Budget Amt 24, Sachkonto 521.112
Personalkosten (brutto):	€	
Folgekosten:	€	
Korrespondierende Einnahmen	€	
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IVP 573.405 und im Budget Amt 24 vorhanden!

Amt 20 teilte mit der Mail vom 06.04.2011 mit, dass die investive Maßnahme „Kleiner Saal - Entrauchung, Notstrom, Sprinkler“ als sicherheitsrelevante Maßnahme anzusehen, und somit von der Regierungsaufgabe ausgenommen, ist.

Die Maßnahmen „Sanierung der WC-Anlagen des kleinen Saals“ und „Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle“ sind nicht investiv und dem Bauunterhalt zuzuordnen und nach Art. 69 GO zu beurteilen.

### **Ergebnis/Beschluss:**

Der nachstehende Beschluss des Bauausschusses vom 10.05.2011 wird zur Kenntnis genommen:

- a) Der Entwurfsplanung zum Einbau der Entrauchung (RWA) mit Sprinkleranlage und Notstromversorgung des Kleinen Saals wird zugestimmt. Die weiteren Schritte sind zu veranlassen. Die Maßnahme soll von Juni bis September 2011 ausgeführt werden.
- b) Der Entwurfsplanung zur Sanierung der WC-Anlagen des Kleinen Saals wird zugestimmt. Die weiteren Schritte sind zu veranlassen. Die Maßnahme soll, parallel zur Entrauchung des Kleinen Saals, von Juni bis Oktober 2011 ausgeführt werden.
- c) Der Entwurfsplanung zur Erneuerung der Notausgangs- und Ladetore an der Ostseite der Halle wird zugestimmt. Die Maßnahme wird jedoch, auf Grund der Finanzierung, für das Jahr 2012 vorgemerkt.

Die Ausführung der Maßnahmen a) und b) im geplanten Zeitraum erfordert die Beschlussfassung in der vorgesehenen Reihenfolge.

### **Abstimmung:**

zur Kenntnis genommen

**TOP 10**

**Gst/006/2011**

**Workshop "Diversity Management in der Stadtverwaltung"; Antrag der SPD-Fraktion Nr. 006/2011 vom 26.01.2011**

### **Sachbericht:**

#### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Durchführung eines Workshops „Diversity“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Ämter, Mitgliedern des Stadtrates und der städtischen Tochtergesellschaften können folgende Ziele unterstützt werden:

- Erzielung eines gemeinsamen Verständnisses von Diversity Management und Diversity Kompetenzen
- Diversity Management als Instrument zur Verbesserung der Zielgruppenorientierung
- Diversity als Schlüsselkompetenz bei Beschäftigten und Führungskräften
- Verankerung von diversity in der Organisations- und Personalentwicklung
- Förderung fachübergreifender Kooperation bzw. von Interdisziplinarität und Vernetzung

Auf dieser Grundlage lassen sich erste Umsetzungsschritte für konkrete Vorhaben (Fachveranstaltungen, Projekte, Aktivitäten o.ä.) von Diversity Management entwickeln.

## **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit Diversity Management wird der Versuch unternommen eine Verknüpfung verschiedener Themenfelder vorzunehmen: Demographischer Wandel, Geschlechtergerechtigkeit/Gender Mainstreaming, Migration, Behinderung, unterschiedliche Lebenslagen etc. Diversity Management verbindet den Aspekt der Antidiskriminierung mit der Gestaltung interner Personal- und Organisationsentwicklung und externer Dienstleistungsorientierung.

Die Koordinationsstelle Integration und die Gleichstellungsstelle haben in Umsetzung ihrer Arbeitsprogramme erste Schritte in Richtung Managing Diversity unternommen und u.a. in Bereichen der Kompetenzentwicklung Konzepte erarbeitet und erste Umsetzungsschritte in Zusammenarbeit mit dem Personalamt im Bereich Aus- und Fortbildung begonnen. Fortbildungsmodule für Auszubildende wurden durchgeführt, Fortbildungen für Beschäftigte sind in Planung. Daneben existieren in vielen Bereichen schon Ansätze für Diversity, an die angeknüpft werden kann.

Damit wird auch dem Anliegen der CSU Fraktion Rechnung getragen, Gleichstellungsarbeit mit dem Ansatz des Diversity Management zu verknüpfen und umgekehrt bei allen Themen des Diversity Management die Geschlechtergerechtigkeit aktiv zu berücksichtigen. Ein workshop für Verwaltung und Politik ist ein wichtiger Schritt zur Verständigung über eine Linie des Diversity Management bei der Stadt Erlangen (s. Punkt 1).

## **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im workshop werden mit der Charta der Vielfalt Leitlinien für ein Diversity Management vorgestellt. Außerdem werden Anforderungen an und erste Umsetzungsschritte für ein Qualitätsmanagement für Diversity Management Prozesse entwickelt.

## **4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Kosten: Ressourcen für die Durchführung des workshops sind vorhanden. Weitere Kosten hängen von den Planungen ab für Fachveranstaltungen, Projekte etc., die im weiteren Prozess beschlossen werden.



**Ergebnis/Beschluss:**

Im Herbst wird ein workshop „Diversity Management“ für Mitglieder des Stadtrates, Vertreterinnen der Ämter und städtischen Tochtergesellschaften angeboten – Termin: **Donnerstag 13.10.2011, 15:30h - 18:30h**. Die Koordinationsstelle Integration und die Gleichstellungsstelle bereiten den workshop vor und führen diesen durch.

Der Antrag 006/2011 der SPD Fraktion ist damit bearbeitet.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 11**

**11/041/2011**

**Ausbildungskapazität 2012**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel ist es, dauerhaft eine hochwertige Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen durch die kontinuierliche Ausbildung und Qualifizierung von Nachwuchskräften sicherzustellen. Ausbildung stellt den ersten Schritt einer zielorientierten Personalentwicklung dar. Es gilt hier vor allem Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz zu vermitteln, damit die Stadt Erlangen den Anforderungen der Zukunft gerecht werden kann.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zum 01.09.2012 werden **29** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt.

Die Grundlage für die Ausbildungskapazität 2012 bildet eine Kapazitätsabfrage in allen Dienststellen, die in gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen ausbilden sowie eine Bedarfskalkulation durch das Personal- und Organisationsamt in den Verwaltungsberufen. In den Verwaltungsberufen bestimmt sich der Bedarf nach der voraussichtlichen Fluktuation.

In gewerblich-technischen sowie kaufmännischen Berufen wird regelmäßig über dem Bedarf ausgebildet, um der sozialen Verantwortung als Arbeitgeber Stadt Erlangen gerecht zu werden. Entsprechend des Beschlusses zur Haushaltskonsolidierung 2011 (Vorschlag Rödl & Partner zur Reduktion der Ausbildung über Bedarf) wird in den in der folgenden Tabelle gekennzeichneten Berufsbildern über den voraussichtlichen Personalbedarf bei der Stadt Erlangen hinaus ausgebildet. Die Überbedarfsausbildung 2012 würde sich somit auf 5 Nachwuchskräfte belaufen, zwei davon im EB 77.

Im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst erfolgt die Ausbildung stets bedarfsorientiert. Aufgrund des neuen Dienstrechts und einer darin enthaltenen Optionsregelung für Feuerwehrbeamte zum Ruhestandsbeginn ist zum aktuellen Zeitpunkt ein Ausbildungserfordernis zum 1. September 2012 wahrscheinlich. Die Ausbildung 2012 wird mit geplant, um bei Fluktuation eine nahtlose Wiederbesetzung der Stellen zu gewährleisten.

**Überblick über die Einstellungszahlen 2012**

Für das Jahr **2012** sollen folgende Ausbildungsverhältnisse eingegangen werden:

<b>Ausbildungsberufsbild</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Voraussichtliches Ausbildungsende</b>
<b><u>Verwaltungsberufe</u></b>		
Gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst (QE 3)	6	10/2015
Mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst (QE 2)	4	10/2014
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter	6	08/2015
Gehobener bautechnischer und umweltfachlicher Dienst (EBE)	1	03/2013
<b>Summe Verwaltung:</b>	<b>17</b>	
<b><u>gewerblich-technische/kaufmännische Berufe</u></b>		
Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Bibliothek (Amt 42) <b>(Überbedarfsausbildung)</b>	1	08/2015
Bauzeichnerin/Bauzeichner – Fachrichtung Tief-, Straßen- und Landschaftsbau <b>(Überbedarfsausbildung)</b>	1	02/2015
Tiefbaufacharbeiterin/Tiefbaufacharbeiter (bei entsprechender Leistung mit Aufbaustufe Straßenbauerin/ Straßebauer) (Amt 66)	1	08/2015
Fachkraft für Veranstaltungstechnik (Amt 44) <b>(Überbedarfsausbildung)</b>	1	08/2015
<b><u>Eigenbetriebe</u></b>		
Gärtnerin/Gärtner - Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau (EB/77) <b>(Überbedarfsausbildung)</b>	2	08/2015
Industriemechanikerin/Industriemechaniker (EBE)	2	08/2015
<b>Summe gewerblich-technisch/kaufmännisch:</b>	<b>8</b>	
<b><u>Feuerwehrtechnischer Dienst</u></b>		
Mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst (QE 2)	4	08/2013
<b>Summe feuerwehrtechnischer Dienst</b>	<b>4</b>	
<b>Gesamtkapazität 2012</b>	<b>29</b>	

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Gemäß Art. 33 i. V. m Art. 3 GG werden die Ausbildungsplätze öffentlich ausgeschrieben und unter Berücksichtigung des Leistungsgrundsatzes in einem transparenten Auswahlverfahren besetzt.

Durch die intensive Beteiligung an Berufsbörsen und die aktive Werbung an Schulen soll ein qualifizierter Adressatenkreis erschlossen werden. Maßstab für dieses Handeln bildet der Grundsatz der Chancengleichheit. Dabei wird ein hohes Augenmerk auf die Leitziele Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie Integration gelegt.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

29 neue Stellen für <b>4 Monate in 2012</b>		
Sachkosten (Ausbildungskosten im engeren Sinn) ohne Eigenbetriebe	83.460 €	Kostenstelle: 110090 Kostenträger: 11150011
Personalkosten (brutto) ohne Eigenbetriebe:	102.887 €	Kostenstelle: 113011 Kostenträger: 11150011

Für das Haushaltsjahr 2012 entstehen für alle bestehenden Ausbildungsverhältnisse:

Sachkosten in Höhe von 410.038 € und Personalkosten in Höhe von 914.962 €

Die Gesamtkosten für das Haushaltsjahr 2012 belaufen sich auf 1.325.000 €

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 werden die erforderlichen Sach- und Personalkosten bei der Stadtkämmerei angemeldet werden.

#### Protokollvermerk:

Frau StRin Pfister beantragt, dass die Stadt Erlangen in Zusammenarbeit mit der GGFA zwei weitere Jugendliche ausbilden soll.

Der Antrag wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

#### Ergebnis/Beschluss:

Im Jahr 2012 sollen insgesamt **29** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon

- **17 Nachwuchskräfte** im Verwaltungsbereich und
- **8 Nachwuchskräfte** im gewerblich-technischen/kaufmännischen Bereich
- **4 Nachwuchskräfte** im feuerwehrtechnischen Dienst

Die notwendigen Finanzmittel für den Haushalt 2012 sind bei Referat II zum Haushalt an- bzw. nachzumelden.

#### Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 12**

II/098/2011

**Bericht über den Jahresabschluss 2010 der Erlanger Schlachthof GmbH**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Erlanger Schlachthof GmbH (ESG) berichten an den Gesellschafter Stadt Erlangen (an die Gesellschafterversammlung) über das Geschäftsjahr 2010.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

---

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

---

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Jahresüberschuss in 2010 + 21.146,74 EUR (Vorjahr Jahresüberschuss + 42,9 T€). Seit 2010 werden keine Investitionszuschüsse im städt. Haushalt für den Schlachthof mehr veranschlagt. Die von 2006 bis 2009 in den Haushalten eingestellten (aber nicht abgerufenen) Investitionszuschüsse über ges. 390 T€ wurden 2009 vollständig eingezogen. **D.h. der Schlachthof arbeitet seit 2006 ohne Zuwendungen/Zuschüsse des Gesellschafters Stadt.**

**a) Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht der Geschäftsführung**

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages/Satzung der Erlanger Schlachthof GmbH hat die Stadt als Gesellschafterin den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Geschäftsbericht zu genehmigen/festzustellen sowie den Aufsichtsrat zu entlasten.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft zum 31.12.2010 betrug 6.909 Mio. EUR (Vorjahr 7,230 Mio. EUR), der Umsatz 3.738 Mio. EUR (Vorjahr 3,717 Mio. EUR) und das Jahresergebnis + 21,0 TEUR (Vorjahr + 43,0 TEUR). Die Schlachtzahl bei Schweinen hat sich um 3.181 auf 223.392 erhöht (+ 1,44%), bei Großvieh/Rind wurden 67.839 geschlachtet gegenüber 67.994 im Vorjahr (- 155 bzw. - 0,2%). Kälber wurden 756 geschlachtet gegenüber 877 im Vorjahr. Während die Umsatzerlöse nahezu gleichgeblieben sind, reduzierten sich die sonstigen betrieblichen Erträge von 210 TEUR auf 176 TEUR.

Auf der Kostenseite ist der Materialaufwand um 60 TEUR auf 1,95 Mio. EUR gestiegen; allein die Aufwendungen für Strom, Kanal, Gas, Wasser, Heizöl waren per saldo um 61 TEUR höher. Der Personalaufwand war mit 654 TEUR um 13 TEUR geringer als im Vorjahr. Die Zinsaufwendungen für den Kapitaleinsatz waren mit 26 TEUR um ca. 22 TEUR niedriger als im Vorjahr.

Der Cash-Flow des Betriebes war mit 722 TEUR um 25 TEUR geringer als im Vorjahr und damit im Fünfjahresvergleich 2006 – 2010 auf dem zweithöchsten Wert. Die Investitionen in das Anlagevermögen waren mit 328 TEUR um 4 TEUR höher als im Vorjahr und damit im Fünfjahresvergleich 2006 – 2010 auf dem höchsten Wert.

Der Cash-Flow mit 722 TEUR bzw. der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 645 TEUR reichte aus, um die Tilgung von Krediten mit 268 TEUR und die Investitionen in das Anlagevermögen zu bezahlen; mehr noch – die ESG konnte ihren Bestand an liquiden Mitteln sogar um 50 TEUR erhöhen. Für weiter anhaltend notwendige Erhaltungsinvestitionen steht dem Schlachthof ein Finanzmittelbestand von 513 TEUR (Vj. 463 TEUR) zur Verfügung. Weitergehende größere Investitionsmaßnahmen wären über Bankkredite zu finanzieren bzw. falls diese nicht darstellbar wären über einen Zuschuss des Gesellschafters Stadt.

Im Unternehmen waren zum 31.12.2010 16 (Vorjahr 16) Mitarbeiter beschäftigt. Die wichtigsten wirtschaftlichen Zahlen im Überblick:

	<u>Ist</u> <u>2010</u>	<u>Planung</u> <u>2010</u>	<u>Ist</u> <u>2009</u>	<u>Ist</u> <u>2008</u>
Umsatz	3738	3700	3717	3711
Ergebnis	+21	-68	+43	-72
Investitionszuschuss der Stadt	0	0	0	0

Auszug aus dem Lagebericht: „weltweit wächst nach wie vor die Nachfrage nach Lebensmitteln, die in Konkurrenz steht zum Bedarf an pflanzlichen Rohstoffen für die Energiegewinnung. Dies führt zu größeren Preisschwankungen und internationalen Spekulationen auf den Rohstoffmärkten für agrarische Produkte. Laut Statistischem Bundesamt steigert die deutsche Fleischwirtschaft ihre Produktionsmengen bereits seit mehr als fünf Jahren. In dieser Zeit wurden aus einer Schweinefleischproduktion unter dem Gesichtspunkt der Selbstversorgung eine Überproduktion und eine Erhöhung des Exportanteils. Ferner schreitet die Konzentration auf dem Schlachtsektor immer weiter fort.

.....Die Kosten waren bei Öl und Gas höher als im Vorjahr, da zu gestiegenen Preisen eingekauft werden musste. Die Stromkosten waren 2010 konstant, werden aber 2011 ansteigen. ....Ein sogenannter Dioxinskandal bei Tierfutter im Januar 2011 führte zu einer deutlichen Kaufzurückhaltung der Verbraucher bei Fleisch, so dass die Schlachtzahlen in diesem Zeitraum zurückgingen. Wie lange diese Zurückhaltung bestehen bleibt, ist nur schwer abzuschätzen.

....Im Jahr 2011 sind Investitionen, inklusiv verschobener aus dem Vorjahr, in Höhe von 770.000 Euro vorgesehen, die aus liquiden Mitteln getätigt werden.

....Für 2011 wird mit leicht rückläufigen Rinder- und konstanten Schweineschlachtungen gerechnet. Der Umsatz aus der Schlachtung kann sich verringern.

....Die Schlachthanlagen sind mittlerweile in die Jahre gekommen, so dass immer mehr Ersatzinvestitionen und größere Reparaturen anstehen. Der permanente Rückgang der Verschuldung in den letzten Jahren führte zu einer guten Liquiditätslage, so dass der Betrieb im Stande ist seinen Investitionsverpflichtungen nachzukommen.“

#### **b) Feststellungen des Abschlussprüfers**

Der Abschlussprüfer Herr Klask/auditpro hat den Jahresabschluss geprüft und in seinem Bestätigungsvermerk mitgeteilt, dass „seine Prüfung zu **keinen Einwendungen** geführt hat. Nach

seiner Beurteilung entspricht aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage von der Gesellschaft und stellt Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar“.

Der Prüfbericht enthält folgende weitere Kennzahlen:

<u>Eigenkapitalquote:</u> 88,3%	Vj. 84,1 % - kontinuierlicher Anstieg in den vergangenen Jahren
<u>Verbl. ggü. Kreditinstituten:</u> 465,9 TEUR	Vj. 733,6 TEUR
<u>Sachanlagevermögen:</u> 6,014 Mio. EUR	Vj. 6,401 Mio. EUR

**c) Aufsichtsratssitzung am 15.04.2011**

Der Aufsichtsrat der ESG hat in seiner Sitzung am 15.4.2011 den Jahresabschluss 2010 und den Prüfbericht beraten. Er empfiehlt der Gesellschafterin den Jahresabschluss mit Lagebericht festzustellen und den Jahresüberschuss in Höhe von 21.146,74 Euro mit dem bestehenden Verlustvortrag zu verrechnen. Der Aufsichtsrat hat der Geschäftsführung die Entlastung erteilt.

**„Bericht des Aufsichtsrates der Erlanger Schlachthof GmbH**

Der Aufsichtsrat hat sich durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung ... mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 befasst.

Er hat den Geschäftsführer nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften unterstützt, überwacht und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Insgesamt hat der Aufsichtsrat in zwei Sitzungen im Jahr 2010 (23. April und 15. Oktober) über den Geschäftsverlauf und aktuelle Entwicklungen beraten. Zudem kontrollierte der Aufsichtsrat die Umsetzung der im Aufsichtsrat gefassten Beschlüsse durch die Geschäftsführung.

Themen der AR-Sitzungen waren u. a. der Bericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009, der Finanzplan 2009 – 2014, der Wirtschafts- und Investitionsplan für 2011 sowie der Einkauf von Energie (Gas und Strom).

Der von der auditpro GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg, erstellte Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2010 hat der Aufsichtsrat geprüft und gebilligt. Die auditpro GmbH hat nach 2007, 2008 und 2009 zum vierten Mal den Jahresabschluss geprüft.

Der Jahresabschluss wird zur Feststellung unverzüglich dem Gesellschafter zugeleitet.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr dankt der Aufsichtsrat dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erlanger Schlachthof GmbH für ihre Tätigkeit.“

**Protokollvermerk:**

Herr StR Neidhardt hat aufgrund seiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der ESG nicht an der Abstimmung zur Ziffer 5 teilgenommen.

### Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt beschließt in ihrer Gesellschafterversammlung:

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Erlanger Schlachthof GmbH für das Geschäftsjahr 2010 haben zusammen mit den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers – der zu keinen Einwendungen führte – vorgelegen.
2. Der Jahresabschluss mit Lagebericht wird genehmigt/festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 21.146,74 EUR ist mit dem bestehenden Verlustvortrag zu verrechnen.
4. Es wird Kenntnis genommen, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung entlastet hat.
5. Der Aufsichtsrat wird entlastet (*Mitglieder im Aufsichtsrat der ESG sollten an dieser Abstimmung nicht teilnehmen*).

### Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

## TOP 13

II/103/2011

**Betriebsgesellschaft IZMP Innovationszentrum Medizintechnik und Pharma Erlangen mbH; 21. Gesellschafterversammlung am 25.05.2011 und Aufsichtsrat**

### Sachbericht:

Die vom Vertreter in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrates der Zustimmung bzw. Genehmigung des Stadtrates bzw. des zuständigen Ausschusses.

### ZU TOP 1 des Antrags:

#### Jahresabschluss und Entlastung

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 erfolgte auftragsgemäß unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes gem. § 316 ff. HGB durch den Abschlussprüfer Herrn Ronald Handwerker von der Handwerker Wirtschaftstreuhand und Revision GmbH die zum ersten Mal mit der Prüfung beauftragt wurde. Der Auftrag umfasste auch die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Die Prüfung wurde unter Berücksichtigung der IDW-Prüfungsstandards erstellt und hat **keine Beanstandungen** ergeben. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2010 beträgt 543.031,88 € (Vj. 504,4 T€), der Umsatz ist 1.285.809,82 € (Vj. 2.304,3 T€) und der Jahresüberschuss ist mit 88.901,74 € (Vj. 46,4 T€) ausgewiesen und soll zusammen mit dem Gewinnvortrag zum 01.01.2010 in Höhe von 271.230,44 € auf neue Rechnung vorgetragen werden. Auf die **Anlagen 1 (Bilanz) und 2 (Gewinn- und Verlustrechnung)** wird verwiesen.

Die strukturellen Veränderungen in der GuV im Vergleich zum Vorjahr, vor allem die Positionen Umsatz und Raumkosten betreffend, beruhen auf der Neugestaltung des Mietvertrags für das IZMP-Gebäude mit der Besitzgesellschaft BIVG mbH, für die gleichzeitig diverse Serviceleistungen für den Betrieb des IZMP-Gebäudes erbracht werden. Sie sind in der Summe im Wesentlichen ergebnisneutral.

Die Geschäftsbesorgung wurde gemäß Berichterstattung im HFFA vom 12. Mai 2010 zum 1. Mai 2010 von der Erlangen AG auf den Medical Valley e.V. übertragen."

Ergänzend zur Situation und zur voraussichtlichen Entwicklung der Betriebsgesellschaft IZMP wird nachfolgend auszugsweise auf den **Lagebericht 2010** verwiesen:

*„Das Innovationszentrum Medizintechnik und Pharma Erlangen war während des Wirtschaftsjahres 2010 ganzjährig voll ausgelastet.*

*Im Jahr 2010 wurde ein größerer Fassadenschaden bemerkt und technisch bewertet. Der Schaden wird sich auf ca. 85.000 € beziffern. Auf Grund der seit 2009 bestehenden Neuregelung im Mietvertrag zwischen Betriebsgesellschaft IZMP und BIVG wird der Schaden von der BIVG übernommen. Durch die im Jahr 2009 und 2010 aufgelaufenen Instandhaltungsrücklagen bei der BIVG ist diese auch liquide genug, um den Schaden bezahlen zu können.*

*Die Betriebsgesellschaft IZMP mbH setzte den seit dem Geschäftsjahr 2004 anhaltenden Trend fort und erwirtschaftete auch im Jahr 2010 einen Gewinn.*

*Die Serviceleistungen im Bereich Gründer- und Wachstumsunternehmensberatung und das regionale und überregionale Marketing des IZMP tragen einen erheblichen Teil zum Deckungsbeitrag und der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des IZMP bei.*

*Durch den Gewinn des Spitzenclusterwettbewerbes verzeichnet das IZMP schon jetzt eine steigende Mietnachfrage.*

*Das IZMP rechnet mit einer gleich bleibend hohen Nachfrage nach Büro- und Laborflächen. Der Betriebsgesellschaft IZMP mbH liegen weitere Anfragen vor, die auf Grund der derzeitigen Vermietungssituation nicht befriedigt werden können.*

*Die Betriebsgesellschaft hat sich in der Vergangenheit intensiv mit der Entwicklung eines 3. Bauabschnittes beschäftigt. Bis Ende 2010 konnte die Erweiterungsimmobilie noch nicht in die entscheidende Phase gebracht werden. Die Betriebsgesellschaft IZMP erwartet im Jahr 2011 eine endgültige Entscheidung über den Bau der Erweiterungsimmobilien. Im Fall einer Realisierung stünde dann ausreichend Fläche zur Anmietung zu Verfügung.*

*Das wirtschaftliche Risiko der Betriebsgesellschaft ist nach Vollvermietung in erster Linie von der wirtschaftlichen Situation der eingemieteten Unternehmen abhängig.*

*Im Jahr 2010 konnte die Betriebsgesellschaft, Auszüge von Unternehmen, innerhalb kürzester Zeit kompensieren. Diese schnelle Reaktion auf kurzfristige Auszüge wird auch im Jahr 2011 gegeben sein. Damit kann das Risiko durch Mietausfälle, mittelfristige Umsatzeinbußen verzeichnen zu müssen, minimiert werden.“*

### **Zu TOP 2 des Antrags:**

Die vierjährige Amtsperiode des bisherigen Aufsichtsrates endete mit dessen Entlastung durch die Gesellschafterversammlung am 25.05.2011. Somit war erneut ein Vertreter der Stadt für den neuen Aufsichtsrat zu entsenden. Vor der heutigen Stadtratssitzung konnte der entsprechende Stadratsbeschluss nicht herbeigeführt werden, andererseits sollte aber ein Vertreter für die konstituierende Aufsichtsratssitzung am 25.05.2011 benannt werden. Deshalb hat der Oberbürgermeister gemäß § 13 Abs. 3 Geschäftsordnung mit dringlicher Anordnung den bisherigen Vertreter im Aufsichtsrat, Herrn berufsm. Stadtrat Konrad Beugel, auch in den neuen Aufsichtsrat entsandt.



**Protokollvermerk:**

Zur Ziffer 2 besteht Einverständnis mit einer Eilverfügung des Oberbürgermeisters.

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung vom 25.05.2011 gegebenen Zustimmungen zu den nachfolgenden Punkten werden genehmigt.
  - Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2010,
  - Vortrag des Gewinnvortrages zum 01.01.2010 in Höhe von 271.230,44 € zusammen mit dem Jahresüberschuss zum 31.12.2010 in Höhe von 88.901,74 € auf neue Rechnung.
  - Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2010.
  - Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2010.
2. Die Entsendung des Wirtschaftsreferenten, Herrn berufsm. Stadtrat Konrad Beugel, als Vertreter der Stadt Erlangen in den Aufsichtsrat der Betriebsgesellschaft Innovationszentrum wird genehmigt.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14**

**Übertragung und Verwendung der Budgetergebnisse 2010**

**TOP 14.1**

**Gst/008/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 der Gleichstellungsstelle (Gst)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu 100 % als Verlust in das nächste Haushaltsjahr soll dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten.

Im Gegensatz zu dieser Vorgabe resultiert das negative Budgetergebnis von Gst einzig und allein aus der fehlenden Anpassung des Personalkostenbudgets an die erfolgte Tarifierhöhung und konnte durch das Fachamt in keinsten Weise beeinflusst und gesteuert werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 der Gleichstellungsstelle beträgt **1.925,86** EUR (2009: - **2.548,23** EUR, 2008: - **607,89** EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

In den Investitionshaushalt wurden **XX,XX** EUR übertragen (2009: **XX,XX** EUR, 2008: **XX,XX** EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 der Gleichstellungsstelle beträgt **- 3.674,86** EUR (2009: **2.145,55** EUR, 2008: **2.135,97** EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

**Erfolgte Tariferhöhung, die durch das Personalkostenbudget nicht abgedeckt wurde.**

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte **wie geplant** erfüllt werden:

2.4 Der **vorgesehene Verlustvortrag** ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 **Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant:**

2.5.1

2.5.2

2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage der Gleichstellungsstelle in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	<b>1.885,88</b>
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom <b>(XX.XX.2009)</b>	
für <b>XX,XX</b> EUR	
für <b>XX,XX</b> EUR	
für <b>XX,XX</b> EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	<b>0,00</b>
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	<b>XX,XX</b>
= gegenwärtiger Rücklagenstand	<b>1.885,88</b>
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Anfallende Kosten anlässlich des 25jährigen Jubiläums GSt in 2011	<b>XX,XX</b>
2.6.2	<b>XX,XX</b>
2.6.3	<b>XX,XX</b>

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

**Verlustvortrag** nach 2011 i.H.v. **XX,XX** EUR

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2011 umgesetzt)

### **Ergebnis/Beschluss:**

Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen Ausgleich des Verlustvortrags in Höhe von -1.749,00 EUR durch Entnahme aus der Sonderrücklage Budgetergebnis, schlägt das Fachamt vor, keinen Verlust vorzutragen (Verlustvortrag damit 0 EUR) und der Sonderrücklage Budgetergebnis keinen Betrag zu entnehmen.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage der Gleichstellungsstelle von **1.885,88** EUR besteht, vorbehaltlich des Verzichtes auf die Entnahme zum Ausgleich des Verlustes, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Verlustvortrag erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

### **Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

## **TOP 14.2**

II/102/2011

### **Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Personalrates**

### **Sachbericht:**

#### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

#### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes Personalrat beträgt 4.067,59 EUR (2009: 1.352,36 EUR, 2008: - 813,45 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

In den Investitionshaushalt wurden - EUR übertragen (2009: 1.000,-- EUR, 2008: - EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes Personalrat beträgt 53.274,54 EUR (2009: - EUR, 2008: - EUR).

Es ist zurückzuführen auf: **krankheitsbedingter Ausfall**

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte **wie geplant/mit folgenden Änderungen** erfüllt werden:

2.4 Der **vorgesehene Übertragungsvorschlag** ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 **Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:**

- 2.5.1 Rücklage für Unvorhergesehenes
- 2.5.2 Finanzierung der SBV-Wahlen und PR-Wahlen
- 2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes **XX** in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	<b>2.182,79</b>
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom ( <b>XX.XX.2010</b> )	
für <span style="float: right;"><b>XX,XX</b> EUR</span>	
für <span style="float: right;"><b>XX,XX</b> EUR</span>	
für <span style="float: right;"><b>XX,XX</b> EUR</span>	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	<b>XX,XX</b>
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	<b>XX,XX</b>
= gegenwärtiger Rücklagenstand	<b>2.182,79</b>
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1	<b>XX,XX</b>
2.6.2	<b>XX,XX</b>
2.6.3	<b>XX,XX</b>

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

**Budgetrücklagenzuführung** i.H.v. 11.468,43 **EUR**

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes Personalrat i.H.v. 11.468,43 EUR und dem vorgesehenen **Übertrag** von 11.468,43 EUR wird zugestimmt.

2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 11.468,43 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 2.182,79 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den **Übertrag** erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14.3**

**13-2/110/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 13 beträgt 72.636,07 EUR (2009: 23.046,25 EUR, 2008: 23.167,33 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: sparsame Haushaltsführung sowie teilweise Verwendung von Spenden und Sponsorenmitteln an Stelle von Budgetmitteln

In den Investitionshaushalt wurden 5.000 EUR übertragen (2009: 3.383,17 EUR, 2008: 1.477,72 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 13 beträgt 124.827,32 EUR (2009: 20.401,03 EUR, 2008: 16.508,24 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: zeitlich versetzten Wechsel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder verzögerte Stellenbesetzung, Ausgleich von Zahlungen für Mutterschutz und Langzeiterkrankungen

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

2.5.1 Deckung der Mehrkosten der Aktiv-Card (verstärkte Nutzung und höhere Gebühren) 10.000 EUR

2.5.2 50 Jahre Partnerschaft Eskilstuna (Rahmenprogramm für 140 Gäste aus Eskilstuna, Festkonzert) 10.000 EUR

2.5.3 Öffentlichkeitsarbeit 325 Jahre Hugenottenstadt 5.000 EUR

2.5.4 Budgetrücklagenzuführung 14.492,68 EUR

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 13 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	28.420,28
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.07.2010)	
für 50 Jahre Partnerschaft Eskilstuna 2011 (wurde angespart für laufendes HH-Jahr)	8.000,00 EUR

für Ersatz defekter Stellwände für Ausstellungen im Rathausfoyer (wurde auf 2011 verschoben)	10.000,00 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss		0
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs		0
= gegenwärtiger Rücklagenstand		28.420,28
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:		
2.6.1 50 Jahre Partnerschaft Eskilstuna 2011		13.000,00
2.6.2 Ersatz defekter Stellwände für Ausstellungen im Rathausfoyer		15.000,00
2.6.3		

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung in Höhe von 39.492,68 EUR  
(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

#### Protokollvermerk:

Der Budgetübertragung wird zugestimmt. Über die Verwendung der Budgetergebnisrücklage soll erneut im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beraten werden. Die SPD-Fraktion wird hierzu Anträge stellen.

#### Ergebnis/Beschluss:

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 13 i.H.v. 197.463,39 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 39.492,68 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 39.492,68 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 28.420,28 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.
3. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14.4**

11/053/2011

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Personal- und Organisationsamtes (Amt 11)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 11 beträgt 144.614,31 EUR (2009: 60.844,64 EUR, 2008: -36.228,55 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

In das Sachmittelbudget des Amtes 11, wurde mit Einführung der doppelten Buchhaltung auch das BeihilfeCenters einbezogen. Seit dem Jahr 2010 werden höhere Ertragsanteile für Verwaltungskosten und –erstattungen (z.B. Teilnahmebeträge von Mitarbeitern der Partnerstädte, die an unseren Seminaren teilnehmen) erzielt werden.

Bedingt durch die externe Untersuchung konnte die Umsetzung der Qualifikationsreihe für Führungskräfte im Jahr 2010 nicht begonnen werden und erst im Jahr 2011 gestartet werden.

In den Investitionshaushalt wurden, wie in den Vorjahren keine Mittel übertragen.

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 11 beträgt 146.332,55 EUR (2009: 112.025,48 EUR, 2008: 164.777,71 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Auf Grund Personalfluktuations und dem Ausscheiden älterer höher dotierter Stelleninhaber ergeben sich einerseits Einsparungen. Andererseits waren einzelne Planstellen vorübergehend nicht besetzt. In einem Einzelfall wurde eine befristete Stelle für die Restlaufzeit, wegen des hohen Einarbeitungsaufwands nicht wiederbesetzt.

In der Summe der Fluktuationsfälle war ein Volumen von zwei Planstellen im Lauf des Jahres 2010 vorübergehend unbesetzt.

- 2.3 Das Arbeitsprogramm konnte mit folgenden Änderungen erfüllt werden.

Verzögerungen der Maßnahmen durch intensive Einbeziehung des gesamten Amtes 11 sowohl als Untersuchungsbereich als auch als mitarbeitender Querschnittsbereich bei der externen Beratung zur Haushaltskonsolidierung. Insbesondere ist auch die Einführung der Personalmanagement-Software einschließlich der Ablösung der redundanten Hilfsprogramme ins Stocken geraten.

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen. Im Jahr 2010 wurde auf den Übertrag von Restmitteln aus dem Jahr 2009 verzichtet. Für 2011 soll allerdings die vollständige Übertragung erfolgen.

- 2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Führungsqualifikationsreihe (verspäteter Start im Jahr 2011)
- 2.5.2 umfangreiche Reorganisation des Amtes 11 mit externer Unterstützung
- 2.5.3 externe Dienstleistungen zur beschleunigten Einführung des Personalmanagementsystems
- 2.5.4 Umstellung von eigenentwickelten Softwarelösungen auf strategische Standardsoftware (LOGA bzw. nsk)
- 2.5.5 erhöhter Schulungsbedarf durch umfassende Rechtsänderungen (Neues Dienstrecht)
- 2.5.6 Wissensbewahrungsprojekte für ausscheidende Mitarbeiter/innen sowie sog. „kritische Wissensträger“

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 11 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	103.846,64
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom	
Im Rahmen von 2010 konnten noch nicht alle geplanten Aktionen umgesetzt werden, daher wurde von den zurückgelegten Restmitteln noch keine Mittel verbraucht	
= gegenwärtiger Rücklagenstand	103.846,61
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes sind weiter geplant, aber nicht finanziell kalkuliert:	
2.6.1	Erhöhter Schulungsbedarf von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund der hohen Fluktuationsrate sowie der Einführung von LOGA ergänzend zu dem hohen laufenden Schulungsbedarf zur Stärkung der Handlungskompetenz aufgrund laufender Rechts- und Tarifänderungen sowie stetig wachsender Anforderungen an die Sozial- und Persönlichkeitskompetenz
2.6.2	Fortsetzung der DMS-Einführung im Amt 11 Erweiterung der EDV-Ausstattung im Rahmen der Einführung von DMS, z.B. spezielle Scanner für die Datenübernahme in das Dokumentenmanagementsystem
2.6.3	Erweiterung der EDV-Ausstattung im Rahmen der Implementierung des Personalmanagementsystems; evtl. zusätzliche Lizenzen bzw. Beratung bei der Einführung komplexer Tools
2.6.4	Finanzierungsspielraum für die Einführung einer gemeinsamen Fortbildungssoftware im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
2.6.5	Finanzierungsspielraum für die Durchführung von zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen der Personalentwicklung und der Betrieblichen Gesundheitsvorsorge

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 58.189,37 EUR zur Ergänzung des bestehenden Budgetrücklagewertes von 103.846,64 EUR zu einer Gesamtsumme von 162.036,01 EUR (wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)



### **Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 11 i.H.v. 290.946,86 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 58.189,37 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 58.189,37 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 103.846,64 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.  
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

### **Abstimmung:**

einstimmig angenommen  
mit 13 gegen 0

## **TOP 14.5**

eGov/021/2011

### **Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes 17/eGovernment-Center**

### **Sachbericht:**

#### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

#### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 17 beträgt 261.616,72 EUR (2009: 96.956,74 EUR, 2008: 56.615,51 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Erhöhte Einnahmen durch Neukalkulation aus interner Leistungsverrechnung bei den Eigenbetrieben

Eingeplante Haushaltsmittel für Mehrungen bei KommunalBIT wurden nicht benötigt;

Pauschalabrechnung von KommunalBIT war ausreichend dimensioniert

In den Investitionshaushalt wurden 0,00 EUR übertragen (2009: 0,00 EUR, 2008: 0,00 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 17 beträgt 41.132,19 EUR (2009: 26.209,79 EUR, 2008: 38.402,02 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Änderung in der Zuordnung von Planstellen

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte mit folgenden Änderungen erfüllt werden:

Zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung des Projekts Musikschulmanager aufgrund

Ressourcenbindung durch erhöhten Bedarf bei der Einführung des Ratsinformationssystems „Session“

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Mittel für eine Neugestaltung des Mitarbeiterportals und der Internetseiten der Stadt Erlangen (www.erlangen.de)
- 2.5.2
- 2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 17 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	93.825,98
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.07.2010)	
für Einführung des DMS gem. Beschlusslage StR 26.06.2008	79.282,47 EUR
für Prozessoptimierungen in der Zusammenarbeit zwischen eGov/IT-Koordination und KommunalBIT (genehmigter Budgetübertrag 2009)	13.642,01 EUR
für	0,00 EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	93.825,98
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Einführung des DMS gem. Beschlusslage StR 26.06.2008	79.282,47
2.6.2 Mittel für die Analyse und Umsetzung von Prozessoptimierungen in der Zusammenarbeit zwischen eGov/IT-Koordination und KommunalBIT	14.543,51
2.6.3 Mittel für eine Neugestaltung des Mitarbeiterportals und der Internetseiten der Stadt Erlangen (www.erlangen.de)	30.274,89

**3. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 30.274,89 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 17 i.H.v. 302.748,91 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 30.274,89 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 30.274,89 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 93.825,98 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14.6**

**II/099/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 der Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/WA)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 20 beträgt: minus 5.919,42 EUR (2009: plus 30.401,82 EUR, 2008: plus 67.657,28 EUR).

Es ist zurückzuführen auf die pauschale Kürzung des Budgetvolumens um 13.200 EURO (Stadtratsbeschluss vom 30.07.2009). Zusätzlich fielen höhere Kosten im Rahmen der Doppikeinführung (27.258,46 EUR), höhere Beratungskosten im Zusammenhang mit der Eröffnungsbilanz (30.416,40 EUR) und 6.329,22 EUR für die Bäder-Betriebsführung bzw. KommBit-Testate an – veranschlagt waren nur 50.000 EUR.

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2009: 486,71 EUR, 2008: 6.082,52 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 20 beträgt 94.049,51 EUR (2009: 93.621,55 EUR, 2008: 60.368,14 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: mehrere Langzeiterkrankungen und verzögerte Stellenbesetzungen

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte **nicht** wie geplant erfüllt werden.

Die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 wird erst im Juni 2011 im Stadtrat eingebracht werden.

Die Neuberechnung der Verwaltungskostenerstattungen sowie der Aufbau eines Verrechnungssystems mussten ausgesetzt werden.

Vorarbeiten für die Herstellung einer einheitlichen Produktverantwortung konnten nicht begonnen werden.

Die gesteckten Ziele wurden nicht erreicht aufgrund von Langzeiterkrankungen (mehrjährige Doppelbelastung von Mitarbeitern durch zusätzliche Projektarbeit), außerdem wurde die Projektleitung NKFE seit 2009 nicht mehr wiederbesetzt. Hinzu kamen zahlreiche Sonderarbeiten im Zusammenhang mit den Ausgliederungen von KommBit, der kommunalen Verkehrsüberwachung und der Bäder, sowie die Haushaltskonsolidierung. Eine Streckung der Arbeitsziele wurde daher im mittelfristigen Arbeitsprogramm 2011 – 2013 vorgenommen.

- 2.4 Der **vorgesehene Übertragungsvorschlag von 17.626,02 EUR** ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

**2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:**

Zum Ausgleich für zusätzliche und nach unvorhersehbare Kosten im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz 17.626,02 EUR

**2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 20 in 2010**

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	34.000,00
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.07.2010)	
für Fortbildung allgemein, Fortbildung Doppik insbesondere Schulungen in der Finanzsoftware, Reisekosten (in 2010 tatsächlich aus Budget bezahlt: 8.339,64 EURO) <span style="float: right;">10.000 EUR</span>	
Für Beratungsleistungen (insb. für NKFE Eröffnungsbilanz) <span style="float: right;">24.000 EUR</span> (Budget Ansatz 2010: 50.000 EUR – verausgabt 64.004,08 EUR)	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	34.000,00
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Fortbildung allgemein, Fortbildung Doppik, Fortbildung Finanzsoftware und Reisekosten	14.000,00
2.6.2 Für Beratungsleistungen (Anlagenbuchhaltung, Eröffnungsbilanz, Kosten- und Leistungsrechnung, interne Leistungsverrechnungen)	20.000,00
2.6.2	

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

-----

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 17.626,02 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 20 i.H.v. 88.130,09 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 17.626,02 EUR wird zugestimmt.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 17.626,02 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 34.000 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14.7**

**30-R/032/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 30 beträgt 32.549,25 EUR (2009: 12.899,28 EUR, 2008: 2.282,25 EUR).

Es ist zurückzuführen auf außergewöhnliche einmalige Mehreinnahmen im Zusammenhang mit Prozesskostenerstattungen, Mehreinnahmen bei den Verwaltungskostenerstattungen der Eigenbetriebe sowie auf Kostenerstattungen durch andere Dienststellen im Zusammenhang mit der Erstellung des Bildungsberichts.

In den Investitionshaushalt wurden keine Mittel übertragen (2009: 5.776,80 EUR, 2008: 2.140,84 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 30 beträgt 20.853,91 EUR (2009: 39.624,68 EUR, 2008: 9.916,10 EUR).

Es ist zurückzuführen auf im Jahr 2010 erfolgte personelle Veränderungen.

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden:

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 2.5.2 weiterhin anfallende Kosten im Zusammenhang mit dem Bildungsbericht
- 2.5.3 zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben (z.B. Fachliteratur)

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 30 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	31.464,01
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.07.2010)	
für Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	ca. 5.000,00 EUR
für zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben (z.B. Ausstattung, Fachliteratur)	Betrag nicht beschlossen
für Verbesserung der EDV-Ausstattung (z.B. Software, Netbooks, Lizenzen)	Betrag nicht beschlossen
für Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Bereich Statistik (Zensus 2011)	Betrag nicht beschlossen
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	6.783,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	24.681,01
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Fortbildungen und Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	ca. 5.000,00
2.6.2 weiterhin anfallende Kosten im Zusammenhang mit dem Bildungsbericht	noch nicht bekannt
2.6.3 zusätzlich anfallende Geschäftsausgaben (z.B. Fachliteratur)	noch nicht bekannt

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 10.680,63 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 30 i.H.v. 53.403,16 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 10.680,63 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 10.680,63 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 24.681,01 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 14.8**

**33/004/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Bürgeramtes (Amt 33)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 33 beträgt -25.716,93 EUR (2009: -15.029,34 EUR, 2008: -99.879,25 EUR).  
Es ist zurückzuführen auf: Preissteigerungen bei den Geschäftsausgaben, zu hohes Sparziel  
In den Investitionshaushalt wurden 0,00 EUR übertragen (2009: 0,00 EUR, 2008: 0,00 EUR).
- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 33 beträgt 34.710,20 EUR (2009: 14.797,89 EUR, 2008: -40.818,46 EUR).  
Es ist zurückzuführen auf: verzögerte Besetzung von Planstellen
- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden.
- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.
- 2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:
  - 2.5.1 Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insb. im Bereich Fahrerlaubniswesen
  - 2.5.2 ---

## 2.5.3 ---

## 2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 33 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	0,00
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2010)	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
für XX,XX EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	XX,XX
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	XX,XX
= gegenwärtiger Rücklagenstand	XX,XX
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1	XX,XX
2.6.2	XX,XX
2.6.3	XX,XX

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Bürgeramt erfüllt gesetzliche Pflichtaufgaben. Art und Umfang des Leistungsangebots bestimmt der Gesetzgeber. Gebühren und Einkaufspreise, z. B. bei der Bundesdruckerei, sind weitgehend vorgegeben und nicht zu beeinflussen. Die übrigen für die Leistungserstellung notwendigen allgemeinen Geschäftsausgaben unterliegen ständigen Preissteigerungen und belasten das Budget zunehmend. Das vorgegebene Sparziel (70.200 Euro) konnte nur erreicht werden, weil 2010 keine Wahl zu organisieren war und Personalkosten eingespart werden konnten.

**3. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H. v. 1.798,65 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 33 i.H.v. 8.993,27 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 1.798,65 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 1.798,65 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 0,00 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0



**TOP 14.9**

**34/009/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Standesamtes (Amt 34)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3.

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Standesamtes beträgt 40.383,75 EUR (2009: 21.310,81 EUR, 2008: 17.755,69 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Mehreinnahmen i.H.v. 43.384,46 EUR

In den Investitionshaushalt wurden 3.651,29 EUR übertragen (2009: 0,00 EUR, 2008: 0,00 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Standesamtes beträgt 49,148,75 EUR (2009: 1.473,57 EUR, 2008: 9.714,54 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Aufteilung und Berichtigung der Personalkosten zwischen den zwei Sachgebieten Personenstandswesen und Friedhofswesen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte mit folgenden Änderungen erfüllt werden:

Die Einführung des zentralen Personenstandsregisters wurde noch nicht begonnen, da es weiterhin an einer landesrechtlichen Regelung fehlt.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

2.5.1 Fortbildung

2.5.1.1 Die Personenstandsregister sind künftig elektronisch zu führen. Hierfür sind spezielle Schulungen für die Mitarbeiter/innen erforderlich. Die anfallenden Kosten können noch nicht benannt werden.

2.5.1.2 Der Fortbildungsbedarf ist sowohl durch die noch nicht vollständig abgeschlossene Personenstandsrechtsreform, als auch durch Neuerungen und Änderungen im Bestattungs- und Friedhofswesen gestiegen. Der Bedarf an Fachwissen muss durch vertiefende Seminare dringend gedeckt werden. Zusätzliche Kosten: ca. 2.000,-- EUR.

2.5.2 Folgekosten nach Einführung der EC-Cash Terminals von jährlich ca. 4.000,-- EUR

2.5.3 Durch das neue Personenstandsgesetz entsteht derzeit in der Urkundenstelle erhebliche Mehrarbeit - dies geht zu Lasten des Budgets von Amt 34 - Kosten: ca. 3.750,-- EUR.

2.5.4 Kosten zur Vorbereitung der Testamentsverzeichnisüberführung.

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Standesamtes in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	22.627,55
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom 28.07.2010	
für Restbeschaffung Sommerdienstkleidung für Standesbeamte – konnte wegen der Jahreszeit 2010 nicht mehr beschafft werden	ca. 1.400,00 EUR
für 2 neue Kassen in der Urkundenstelle und im Bestattungswesen, an die auch ein EC-Cash-Gerät angeschlossen werden kann, damit die Bürger mit EC-Karte bezahlen können und	ca. 5.800,00 EUR
für Folgekosten der beiden EC-Cash-Terminals (Anmietung plus 0,14 EUR pro Abbuchung plus 0,3 % Autorisationsentgelt). Die neue Kasse für die Urkundenstelle wurde Ende 2010 angeschafft. Es sollen die Erfahrungen abgewartet werden, bevor die Kasse im Bestattungswesen beschafft wird. Folgekosten sind erst 2011 angefallen.	ca. 4.000,00 EUR
für Rücklagen für Folgekosten der EC-Cash-Terminals	jährl. ca. 4.000,00 EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	3.200,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	
= gegenwärtiger Rücklagenstand	19.427,55
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Sommerdienstkleidung für Standesbeamte	ca. 1.400,00
2.6.2 Neue Kasse im Bestattungswesen, an die ein EC-Cash-Gerät angeschlossen werden kann	ca. 3.200,00
2.6.3 Büroeinrichtung (Eckschreibtisch-Anbau, Schreibtischlampen, etc.)	ca. 8.500,00
2.6.4 Geschätzte Kosten für die Übersendung der Testamentsverzeichnisse an das zentrale Testamentsregister (TVÜG) ab dem 01.01.2012	ca. 3.000,00
2.6.5 Veranstaltung im Westfriedhof am 25.11.2011	ca. 1.000,00
2.6.6 Einweihungsfeier Bruck	ca. 300,00

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 37.334,05 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Standesamtes i.H.v. 89.532,50 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 17.906,50 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 17.906,50 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 19.427,55 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

**TOP 14.10**

37/015/2011

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 37 beträgt 63.660,90 EUR (2009: 38.482,62 EUR, 2008: 8.149,20 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Mehreinnahmen aufgrund kostenpflichtiger Einsätze, zusätzliche Einnahmen für die Ausbildung des Personals der Integrierten Leitstellen in Bayern, Minderausgaben: Geringere Gebühren für die Integrierte Leitstelle, da sich der Start verzögert hat.

In den Investitionshaushalt wurden 0,-- EUR übertragen (2009: 0,-- EUR, 2008: 0,-- EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 37 beträgt 10.549,85 EUR (2009: 101.341,68 EUR, 2008: 189.602,18 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: -

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden:

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

- 2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Anschaffung eines Kleintraktors für die Reinigung und den Winterdienst auf der Hauptfeuerwache
- 2.5.2 Ausstattung der Hauptfeuerwache mit einer Brandmeldeanlage
- 2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 37 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	95.745,74
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.07.2010)	
für Anschaffung von Büroeinrichtung	5.000,-- EUR
für Erneuerung der Einrichtung des Aufenthaltsbereiches u. Schaffung eines Fahrradunterstellplatzes	30.000,-- EUR
für Anschaffung von Spinden für die hauptamtlichen Einsatzkräfte der Hauptfeuerwache	15.000,-- EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	30.607,94
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,--
= gegenwärtiger Rücklagenstand	65.137,80
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Einrichtung von Impfstellen (zweckgeb. Mittel des Freistaates Bayern)	7.276,90
2.6.2 Anschaffung von Material zur Sanierung der Gebäudefassade und Umbaumaßnahmen	30.000,00
2.6.3 Erneuerung der Aufenthaltsbereiche und Schaffung eines Fahrradunterstellplatzes	17.860,90
2.6.4 Anschaffung von Schutzkleidung	10.000,00

**3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

**4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 14.842,15 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 37 i.H.v. 74.210,75 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 14.842,15 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H.v. 14.842,15 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 65.137,80 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 12 gegen 0

**TOP 14.11**

**39/007/2011**

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

**2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 39 beträgt 31.880,57 EUR (2009: 720.261,28 – damals noch incl. vorheriges Amt 36 – Fleischhygiene, 2008: 8.989,14 EUR).

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2009: 0 EUR, 2008: 0 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 39 beträgt 40.840,83 EUR (Amt 39 ohne Abt. Fleischhygiene).

Es ist zurückzuführen auf:

Nach Integration des ehemaligen Fleischhygieneamtes (Amt 36) in Amt 39 zum 01.02.2010 wurde der Bereich der Fleischhygieneüberwachung nach Rücksprache mit Amt 20 als Gebührenrechner (Produkt 1226) aufgrund des Kostendeckungsgebotes einzeln abgerechnet. Damit ist in der Budgetabrechnung 2010 der Bereich Fleischhygieneüberwachung ausgeklammert und es werden nur die bereinigten Sach- und Personalmittelbudgets der anderen Amtsbereiche ausgewiesen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei und der Auswertung des Produktes 1226 (Fleischhygiene) zu entnehmen.

2.5 Angaben zur Verwendung des Budgetübertrages (da 0 EUR) entfällt.

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 39 in 2010

		Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010		51.184,28
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2010)		0
für	EUR	
für	EUR	
für	EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss		0
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs		0
= gegenwärtiger Rücklagenstand		51.184,28
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:		
2.6.1	Anschaffung von Arbeitsgeräten für das Untersuchungslabor der Abt. Fleischhygiene (Autoklaviergerät und Mikroskop)	ca. 15.000,00
2.6.2	Finanzierung der Erlanger Verbraucherberatungstage 2011 zur Deckung der anfallenden Kosten (nach Wegfall von Zuwendungen des BayStMUG bzw. BayStMJV zur Förderung der Veranstaltung)	ca. 5.000,00
2.6.3	Vorhaltung der Rücklage für entstehende Kosten amtlicher Vollzugsmaßnahmen im Tierseuchenfall bzw. im Tierschutzbereich	
2.6.4	Noch nicht quantifizierbare Ausgaben im Zuge des Akkreditierungsverfahrens der Trichinenuntersuchungsstelle	

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 0 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

### Protokollvermerk:

Die Beschlussfassung wird an den Stadtrat verwiesen. Zur Klarstellung der Budgetabrechnung wird eine überarbeitete Vorlage in den Stadtrat eingebracht.

### Abstimmung:

verwiesen

**TOP 15**

**51/033/2011**

**Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten 2011 - Betreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren und im Kindergartenalter**

**Sachbericht:**

**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das SGB VIII normiert als generelle bundeseinheitliche Regelung in den §§ 22 ff die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege einschließlich seiner Planung. Dabei wird dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamt-Planungsverantwortung zugewiesen, wobei als Ziel ein bedarfsgerechtes Angebot zu verwirklichen ist.

§ 24 SGB VIII legt fest:

(1) „Ein Kind hat vom vollendeten **dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt** Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen oder ergänzend Förderung in Kindertagespflege zur Verfügung steht.

(2) Für Kinder im Alter **unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter** ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten.“

Seit dem 1. Oktober 2010 sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, mindestens ein Angebot vorzuhalten, das eine **Förderung aller Kinder** ermöglicht, deren Erziehungsberechtigte

- a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen,
- b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
- c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten;“

Dies bedeutet, dass bereits jetzt für o. g. Personenkreis ein **bedingter Rechtsanspruch** besteht.

Ab dem 01.08.2013 fallen für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, diese einschränkenden Bedingungen weg. Für diese gilt ab diesem Zeitpunkt ein **unbedingter Rechtsanspruch** auf einen Betreuungsplatz wie er bereits jetzt für Kinder im Kindergartenalter vorliegt.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 30.04.2009 wurden für Erlangen Ausbauziele zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Ausbaus der Kindertagesbetreuung für **Kinder im Alter von unter drei Jahren** festgelegt. Das Ausbauziel von 35% zum 31.08.2013 orientiert sich hierbei am vom Bundesfamilienministerium genannten bundesweiten Durchschnittswert. Die gesetzlichen Vorgaben beziehen sich jedoch nicht - wie von der Öffentlichkeit häufig wahrgenommen - auf diesen konkreten Zielwert, sondern grundsätzlich auf ein dem Bedarf angemessenes Angebot. Dieses kann von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich sein. Aufgabe der Jugendhilfeplanung ist es, den Bedarf zu ermitteln, die notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen sowie die Bedarfslage fortlaufend zu überprüfen und regelmäßig darüber Bericht zu erstatten.

Diesem Berichtsauftrag wurde mit der Vorlage des „Berichts zur Quantitativen Versorgungssituation der Kindertagesbetreuung“ (2008) sowie mit dessen Fortschreibung (2009) nachgekommen. Aufbauend auf diesen Informationen hat die Jugendhilfeplanung unter Beteiligung aller Erlanger Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, verschiedener Elternbefragungen und überregionaler Studien nun eine Aktualisierung des mittelfristigen Bedarfs an Kindertagesbetreuungsplätzen in Erlangen für Kinder im Alter von unter drei Jahren sowie im Kindergartenalter vorgenommen. Die Bedarfsermittlung für Kinder im Grundschulalter wird voraussichtlich im Mai des laufenden Jahres abgeschlossen und den Gremien vorgelegt werden können.

## **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Detaillierte Informationen zur erhobenen Datenlage sowie ausführliche Informationen zur Vorgehensweise bei der Bedarfsermittlung durch die Jugendhilfeplanung können dem Bericht: „**Kindertagesbetreuung in Erlangen – Bedarfsplan 2011. Teilplan für Kinder im Alter von unter drei Jahren und Kindergartenalter**“ entnommen werden.

Für den Bereich der **Kindertagesbetreuung im Alter von unter drei Jahren (U3)** wird für Erlangen eine Versorgungsquote von 45% - 50% als bedarfsangemessen festgestellt. Dies entspricht einer Zahl von insgesamt 1290 bis 1420 Plätzen in Krippen oder in der Kindertagespflege. Nach Abschluss der bereits beschlossenen, bzw. auf den Priorisierungslisten 2010 und 2011 aufgenommenen Projekte ergibt sich somit stadtweit bis 2013 ein zusätzlicher Bedarf von 265 bis 390 noch zu schaffenden Plätzen. (siehe Anlage 1).

Es muss darauf hingewiesen werden, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt langfristige seriöse Prognosen nicht möglich sind. Die Dynamik in diesem Bereich ist enorm groß; welcher Bedarf an U3-Plätzen in Erlangen in fünf bis zehn Jahren (oder gar länger) vorliegen wird, kann heute bestenfalls geraten werden. Eine kontinuierliche Evaluation und Fortschreibung der Bedarfsplanung ist somit die einzige fachlich vertretbare Vorgehensweise bei dieser Problematik. Im Zuge der Fortschreibung dieses Prozesses wird es auch möglich werden, die sich heute noch in Form eines Bedarfskorridors ausdrückenden Unsicherheiten weiter einzuengen und auf genaue Werte zu konkretisieren.

Für den **Kindergartenbereich** hält Erlangen schon heute ein Betreuungsangebot vor, das in der Lage ist, eine Vollversorgung an Kindergartenplätzen zu gewährleisten. Der Bedarfsplan 2011 zeigt, dass die Versorgungsquote im Kindergartenbereich bei derzeit 103 % liegt. Neuschaffungen von Betreuungsplätzen für diese Altersgruppe werden deshalb in den nächsten Jahren nur punktuell erfolgen. Die Verschiebungen der Kinderzahlen in bzw. zwischen den einzelnen Stadtteilen werden in den kommenden Jahren - zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung - eine Reihe von Anpassungen der lokalen Platzzahlenverhältnisse notwendig machen. Die Verwaltung wird dies im Rahmen von anstehenden Generalsanierungen bzw. im Rahmen von Projekten realisieren, die als Teil des Krippenausbaus umgesetzt werden (siehe Anlage 2).

## **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

## **4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

### **Finanzielle Auswirkungen im U3-Bereich**



Der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter unter drei Jahren wird befristet bis 2013 durch ein Sonderprogramm des Bundes und des Freistaats Bayern unterstützt. Die Fördermittel werden nach der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ gewährt. Danach erhält die Stadt Erlangen derzeit 70,4% der förderfähigen Kosten einer Baumaßnahme, die zur Schaffung zusätzlicher U3-Plätze dient, sowie bis zu 1.250,00 € pro Platz für die Ausstattung der Krippen.

Bei Baumaßnahmen freier Träger wird die staatliche Zuwendung an den Bauherrn weitergereicht. Zusätzlich besteht für die Stadt die Verpflichtung, sich an den Kosten zu beteiligen. Bei freien Trägern beläuft sich diese Beteiligung in der Regel auf die Hälfte der - nach Abzug der staatlichen Förderung - verbleibenden Gesamtkosten.

I. Nach der aktuellen Bedarfseinschätzung der Jugendhilfeplanung fehlen noch ca. 265 bis 390 Plätze, um in Erlangen ein bedarfsdeckendes Angebot vorzuhalten. Die Neuschaffung der Plätze belastet den städtischen Haushalt im investiven Bereich mit ca. 8,8 Mio. bis 12,8 Mio. (Ansatz 400.000,- € pro Gruppe). Die entsprechende IP-Nr. 365D.880 (Zuschüsse Kita freie Träger) enthält laut Investitionsprogramm 2010-2014 aktuell 10,1 Mio. €, die in den kommenden Jahren zur Bezuschussung der fehlenden Gruppen herangezogen werden können.

II. Die staatliche Refinanzierung dürfte ca. 6,2 Mio. bis 9,0 Mio. € betragen (Ansatz 280.000,- € pro Gruppe). Für die Stadt verbleibt somit eine Netto-Mehrbelastung von ca. 2,6 Mio. bis 3,8 Mio. €.

III. Gehen die notwendigen Plätze nicht bis 31.12.2013 in Betrieb, können die sehr hohen Fördermittel nach dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 nicht mehr in Anspruch genommen werden. Dann fielen auch diese Baumaßnahmen in die wesentlich niedrigere Investitionskostenförderung für Kindertageseinrichtungen nach Art. 27 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 FAG.

IV. **Betriebskosten:** Unter der Annahme, dass die fehlenden 265 bis 390 Krippenplätze von freien Trägern geschaffen werden, entsteht für die Stadt eine zusätzliche Belastung des Ergebnishaushaltes in Höhe von ca. 1,8 Mio. bis 2,6 Mio. € pro Jahr für die Bezuschussung der Betriebskosten (Ansatz 80.000,- € pro 12 Plätze). Die staatliche Refinanzierung erfolgt hier zu 50%.

#### V. **Finanzielle Auswirkungen im Kindergarten-Bereich**

Um-, Neu- und Erweiterungsbauten für Kindergärten werden nach Art. 27 BayKiBiG i. V. m. Art. 10 FAG gefördert. Für die nächsten Jahre haben drei freie Träger Baumaßnahmen im Kindergartenbereich angezeigt:

- Generalsanierung des evangelischen Kindergartens St. Johannes, Schallershofer Str. 26 (Alterlangen)
- Generalsanierung des Katholischen Kindergartens Heilige Familie, Saidelsteig 33 (Tennenlohe)
- Neubau für den Montessori-Kindergarten „Eidechsen“ in der Naturbadstraße (Dechsendorf)

Hierfür wird nach jetziger Grobschätzung mit einem Zuschussbedarf von ca. 2,5 Mio. € gerechnet.

Ferner steht die Generalsanierung des

- städtischen Kindergartens „Flohkiste“, Hans-Sachs-Str. 2 in Alterlangen an. Es wird mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 0,6 Mio. € gerechnet.

Insgesamt dürfte für die vier Baumaßnahmen mit einer staatlichen Refinanzierung von ca. 1,0 Mio. gerechnet werden.

Eine Aufstellung der Investitions- und Folgekosten sowie der korrespondierenden Einnahmen ist der Anlage 3 zu entnehmen. Dort ist auch die Differenz von „Soll“ und „veranschlagt“ zu ersehen.

#### **Haushaltsmittel**

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht ausreichend vorhanden

#### **Ergebnis/Beschluss:**

- Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
- Zur Deckung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von unter drei Jahren wird in Erlangen mittelfristig eine Versorgungsquote von 45% - 50% verwirklicht.
- Die Verwaltung wird beauftragt den Grad der Bedarfsdeckung kontinuierlich zu überprüfen, über die Ergebnisse regelmäßig zu berichten und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen.
- Die Bedarfsplanung wird regelmäßig fortgeschrieben.
- Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Mittel in den Haushalten der Folgejahre anzumelden.

#### **Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

### **TOP 16**

241/033/2011

**Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen (Naturstrom): Erledigung des Fraktionsantrages 031/2011 der Stadtratsfraktion Grüne Liste**

#### **Sachbericht:**

##### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ökologisch und ökonomisch vertretbarer Bezug von Strom

##### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Stromverbrauch in städtischen Einrichtungen und Gebäuden wird vollständig mit einem Naturstromangebot der EStW gedeckt.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die EStW bieten der Stadt Erlangen Ökostrom auf der Basis von RECS-Zertifikaten an. Neben der Förderung regenerativer Energien dient das Renewable Energy Certificate System europaweit als Herkunftsnachweissystem für Strom aus erneuerbaren Energiequellen. RECS-Zertifikate ermöglichen es den Stadtwerken, konventionell erzeugten Strom als Ökostrom zu deklarieren.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

In den Schulen bezieht das GME bereits Öko-Strom. Die Mehrkosten belaufen sich derzeit auf knapp 5.000 €. Wird für die anderen städtischen Gebäuden und Einrichtungen ebenfalls Naturstrom bezogen, entstehen auf Basis des Angebotes der EStW vom 20. April 2011 folgende Mehrkosten:

Lieferung von 100% Ökostrom auf Basis von Zertifikaten TÜV-Süd (Erzeugung EE)  
Herkunft Wasserkraft Schweiz (EECS Herkunftsnachweise)

• für vom GME bewirtschaftete Objekte	10.500 €
• für Objekte, die von anderen Dienststellen (Eigenbetriebe, Amt 66) bewirtschaftet werden	
- ohne Straßenbeleuchtung und Verkehrssignalanlagen -	10.000 €
Mehrkosten gesamt	20.500 €

**o d e r**

Lieferung von 100% Ökostrom auf Basis von Zertifikaten OK-Power-Produkt  
(Besonderheit Anlagenalter je 1/3 bis 6 Jahre, bis 12 Jahre, über 12 Jahre)  
Herkunft Wasserkraft Skandinavien (EECS Herkunftsnachweise)

• für vom GME bewirtschaftete Objekte	32.000 €
• für Objekte, die von anderen Dienststellen (Eigenbetriebe, Amt 66) bewirtschaftet werden	
- ohne Straßenbeleuchtung und Verkehrssignalanlagen -	22.500 €
Mehrkosten gesamt	54.500 €

Die EStW halten sich bis 2. Mai 2011 an dieses Angebot gebunden.

Die Mehrkosten sind nicht finanziert. Die Umstellung auf Öko-Strom kann nur umgesetzt werden, sofern die Budgets der betroffenen Ämter und Eigenbetriebe ab dem Haushaltsjahr 2012 erhöht werden. Die notwendigen Finanzmittel für die Finanzplanjahre 2012 ff. werden bei Referat II zum Haushalt angemeldet.

#### Stellungnahme Amt 20:

*Aus Sicht der Kämmerei sind Haushaltsanträge im Kontext mit den rechtsaufsichtlichen Auflagen der Regierung zum Haushalt 2010 zu sehen. Diese beziehen sich neben konkreten Auflagen zu investiven Maßnahmen darauf, im Ergebnishaushalt mit Kassenwirksamkeit bis 31. Dezember 2012 dauerhafte und eigene Einsparungen in Höhe von jährlich 8 Mio. EUR zu generieren. Aus den Formulierungen der Auflagen kann nicht abgelesen werden, dass ein Wechsel des Stromanbieters bzw. des Stromtarifs unzulässig sei. Der Wechsel führt, bei physikalisch gleichem Nutzen, zu einer Verteuerung der Energiekosten. Damit leistet der Wechsel keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, vielmehr führt er im städtischen Haushalt sogar zu zusätzlichen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Die umweltpolitische Dimension der Anträge soll keineswegs verkannt werden, der städtische Haushalt kann aber nur konsolidiert werden, wenn Mehrkosten konsequent über Einsparungen oder Mehreinnahmen abgedeckt werden.*

**Ergebnis/Beschluss:**

Der Fraktionsantrag 031/2011 der Stadtratsfraktion Grüne Liste soll ab 2012 umgesetzt werden.

Die notwendigen Finanzmittel für die Finanzplanjahre 2012 ff. sind bei Referat II zum Haushalt an- bzw. nachzumelden.

Der Fraktionsantrag 031/2011 der Stadtratsfraktion Grüne Liste ist erledigt.

**Abstimmung:**

mehrheitlich angenommen

mit 12 gegen 1

**TOP 17**

**32/015/2011**

**Stadtteilkirchweihen im Stadtgebiet Erlangen - Überprüfung im Hinblick auf Sicherheitsrecht, Brandschutzbestimmungen und baurechtliche Vorgaben; hier: Fraktionsantrag der CSU Nr. 087/2010 vom 30.8.2010.**

**Sachbericht:**

Öffentliche Veranstaltungen – dazu zählen z.B. auch Märkte, Volksfeste und Kirchweihen – unterliegen, aufgrund der Erlaubnispflicht u.a. des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes mit seinen Schutzziele und anderen geltenden Vorschriften wie z.B. der Bayer. Bauordnung und Vorgaben des vorbeugenden Brandschutzes als auch der Volksfestordnung einer kritischen Betrachtung. Die Verwaltung hat daher im vergangenen Jahr die Stadtteilkirchweihen einer Bestandsaufnahme unterzogen mit dem Ziel, dass evtl. bestehender Handlungsbedarf aufgezeigt und erforderliche Maßnahmen veranlasst werden.

Generell hat die Stadt darüber zu entscheiden, wie den Schutzziele, insbesondere der Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachschutz sowie dem Schutz vor erheblichen Nachteilen für die Allgemeinheit oder der Nachbarschaft, Rechnung getragen werden muss.

Die bei Volksfesten und Kirchweihen üblicherweise aufgestellten Geschäfte (z.B. Fahrgeschäfte, Schau- und Belustigungsbuden sowie Verkaufs- und Imbissstände) gelten überwiegend als „fliegende Bauten“ im Sinne des Baurechts. Es sind unter Beachtung der konkreten örtlichen Gegebenheiten und Umstände, bedingt durch nachbarschützende Vorschriften des Baurechts sowie aus Gründen des vorbeugenden Brandschutzes, Abstände zu Gebäuden einzuhalten. Der Abstand zwischen Gebäuden beträgt 5 m, kann jedoch bei fliegenden Bauten mit geeigneten Kompensationsmaßnahmen verringert werden. Entscheidend dabei sind jedoch auch die jeweils konkreten Verhältnisse vor Ort unter Beachtung möglicher Gefahrenlagen. Die Rettung von Personen sowie der Angriffsweg der Feuerwehr muss zu den bestehenden Gebäuden immer gewährleistet sein. Dieser Abstand beträgt mindestens 3 m. Aufgrund der 2010 durchgeführten Bestandsaufnahmen, der danach erfolgten Beurteilung durch die Fachbereiche (Bauaufsichtsamt, Feuerwehr-Vorbeugender Brandschutz, Ordnungs- und Straßenverkehrsamt) sind die Stadtteilkirchweihen gemäß der beigefügten Übersicht (Anlage) vorbereitet.

Ferner sind bei der Anordnung der Fahr-, Belustigungs- und Verkaufsgeschäfte auch Geländeangaben und Straßenbeschaffenheit zu berücksichtigen; dazu zählt z.B. auch, dass Absperranlagen für die Strom, Wasser- und Gasversorgung nicht verstellt werden dürfen. In der Praxis ergeben sich daraus zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Planung und Durchführung der jeweiligen Festbetriebe.

**Protokollvermerk:**

Auf Anregung von Herrn StR Dr. Faigle wird im Protokoll festgehalten, dass die Vorschläge der Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen mit den Betroffenen so erörtert wurden.

**Ergebnis/Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Damit ist der Fraktionsantrag Nr. 087/2010 der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.8.2010 abschließend bearbeitet.

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

**TOP 17.1**

**610.1/009/2011**

**Neuanschaffung eines Vermessungsbusses für Amt 61**

**Sachbericht:**

**1. Ressourcen**

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 0 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 0 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von 0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 0 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **72.000 €**

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig 2011

**Nachrichtlich:**

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis

0 €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

## 2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch den Brand am 9.05.2011 in der Werkstatthalle des Amtes für Stadtgrün entstand ein Totalschaden am Vermessungsbus des Amtes 61. Dieser befand sich wegen notwendiger Reparaturarbeiten in der Werkstatthalle. Ebenso entstand Totalschaden an dem darin enthaltenen Vermessungsmaterial sowie den Vermessungsgeräten. Der Vermessungsbus ist für die Durchführung von Vermessungsarbeiten zwingend erforderlich (Transport von Geräten und Material).

## 3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Dringliche Neubeschaffung ist erforderlich, ansonsten ist die Aufrechterhaltung des Vermessungsdienstes nicht mehr gewährleistet. Außerdem ist bei längerem Ausfall mit Mindereinnahmen im Sachkostenbudget zu rechnen.

Für die Neubeschaffung werden nach den Kostenschätzungen folgende Mittel erforderlich:

Vermessungsbus	ca. 45.000 €
Innenausbau für Material- und Gerätetransport	ca. 9.000 €
Geräte und Material	ca. 18.000 €
<b>Gesamtsumme</b>	<b>ca. 72.000 €</b>

## 4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

### Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende ~~über-/~~außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der ~~Aufwendungen~~/Auszahlungen um

IP-Nr. 511.K359 Fahrzeuge u. Geräte (Vermessung)	Kostenstelle 610090	Produkt 5110 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	<b>72.000 €</b> für Sachkonto 073002
--	---------------------	--	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. 612.778 Tilgungsausgaben an private Kreditinstitute	Kostenstelle 200090	in Höhe von Produkt 6121 Sonst. allgem. Finanzwirtschaft	<b>63.550 €</b> bei Sachkonto 321713
IP-Nr. [	Kostenstelle 610090	und in Höhe von Produkt [ 5110 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	<b>8.450 €</b> bei Sachkonto 446108 Schadensersatz / Erstattungen (Amt 30)

IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [
----------	----------------	------------------------------	----------------------

Teilweise Refinanzierung durch:

- Erstattung aus der Teilkaskoversicherung (abzgl. Selbstbeteiligung 150 €) 8.450 €
- Erstattung für bewegliche Einrichtungsgegenstände/Inventar (Geräte und Materialien)  
Es wird derzeit von der Versicherung geprüft, in welcher Höhe eine Versicherungsleistung möglich ist.
- Rabattgewährung bei Autokauf (Höhe steht noch nicht fest).

**Abstimmung:**

einstimmig angenommen  
mit 13 gegen 0

**TOP 18**

**Anfragen**

**Sachbericht:**

**Protokollvermerk:**

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Herr StR Dr. Janik fragt an, ob bekannt ist, wann die Genehmigung des Haushalts durch die Regierung von Mittelfranken erteilt wird. Weiterhin fragt er bezüglich der Sanierung der Heinrich-Lades-Halle nach.  
Herr berufsm. StR Beugel teilt mit, dass noch keine Auskunft der Regierung über einen Termin für die Haushaltsgenehmigung vorliegt. Bezüglich der Heinrich-Lades-Halle wird derzeit ein Konzept durch die EKM erstellt.
2. Herr StR Jarosch fragt an, ob die Budgetüberschüsse aus dem Jahr 2010 in den Haushalt 2011 einfließen und ob der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss über die Gesamthöhe der Überschüsse informiert wird.  
Herr berufsm. StR Beugel teilt mit, dass die Abrechnungen in den Haushalt 2010 einfließen werden. Für die Stadtratssitzung im Juni wird es eine Zusammenfassung aller Budgetabrechnungen geben.

## **Sitzungsende**

am 18.05.2011, 18:15 Uhr

Der Vorsitzende:

.....  
Oberbürgermeister  
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....  
Friedel

### **Kenntnis genommen**

**Für die CSU:**

**Für die SPD:**

**Für die Grüne Liste:**

**Für die FDP:**

**Für die Erlanger Linke:**

**Für die ÖDP:**

**Für die FWG:**